

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Samstag, 10. November 1923.

Nr. 263.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich ... K 16.—
vierteljährlich ... 48.—
halbjährig ... 98.—
jährlich ... 192.—

Zustellung von Nummern
streifen erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourenkarten.

Ersteinst mit Ausnahme
des Montags täglich 1920

Ludendorffs Handstreich.

Der Krieg gegen das deutsche Volk hat begonnen! Er wird aber nicht vom ausländischen Feinde geführt, es ist vielmehr ein Teil des Volkes selbst, und gerade jene, deren nationale Gesinnung sie das Wort der „Volksgemeinschaft“ ständig im Munde führen läßt, ungeheuerlich und verbrecherisch zugleich, die unmittelbar oder in weiterer Folge von unabsehbarer Tragweite sein muß. Am Mittwoch haben in München die bewaffneten Gewalthäuser Hitlers den längst angekündigten und erwarteten Handstreich geführt, haben die nationale Diktatur ausgerufen, sich, wie die erste Meldung lautete, in den Besitz der bayerischen Staatsmacht gesetzt und in der Person Kahr einen „Reichsverweser“ für das ganze Reich eingekleidet. An der Spitze der bayerischen Rechtsputschisten, so sich „Nationalsozialisten“ nennen, welche die Durchführung des Ueberfalls zu besorgen hatten, steht Hitler, aber es ist längst klar, daß dieser nur der Strohmann General Ludendorffs ist, der der eigentliche Drahtzieher der Meutereibewegung gegen die republikanische Staatsverfassung war, und der jetzt die Bildung einer „nationalen Armee“ übernommen hat, welche die Bestimmung haben soll, vorerst den Vormarsch auf Berlin anzutreten, um später den Krieg gegen Frankreich zu eröffnen, um alle Gebiete, die früher zu Deutschland gehörten, wieder zurückzuerobieren. An die Ausführung dieses letzteren Teiles seines Programmes zu gehen, wird sich Ludendorff aber wohl noch überlegen, ebenso wie Mussolini nach Erlangung der Herrschaft in Italien sich besann und die Ausführung seiner imperialistischen Absichten unterließ. Den Feind aus dem Lande hinauszumerfen, das war nur eine Parole, um die Werbekraft des deutschnationalen Faschismus zu vermehren und die Aufmerksamkeit vieler seiner Zuläufer abzulenken, die nicht merken wollten, worauf es vor allem ankommt: auf die Erwirkung der Demokratie und die Wiedereinführung der durch den Novembersturm von 1918 hinweggeführten bürgerlich-kapitalistischen, junkerlichen und monarchistischen Mächte.

Die Nachrichten aus München klingen verworren und geben kein klares Bild der augenblicklichen Lage. Wie es heißt, ist das abenteuerliche Unternehmen der Hitlergardisten auf München beschränkt geblieben, während im übrigen Bayern Ruhe herrsche. Auch in München selbst ist die Herrschaft der neuen Regierung alles eher denn unbestritten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß schon die nächsten Stunden die Meldung vom Ende des infamen Gewaltstreiches bringen, aber man muß auch damit rechnen, daß die von Ludendorff geführte Kautzenbewegung eine Zeitlang siegreich bleibt. Wenn es nur auf die staatlichen Autoritäten ankommen würde, so hätten es die Münchener Faschisten wahrlich nicht schwer, denn in Bayern besitzt die Reichsregierung auch nicht die geringste Macht, aber die gegen die demokratische Staatsverfassung Ansturmenden teilen sich in zwei einander feindliche Teile: die „Großdeutschen“, die Wittelsbacher! Die Richtung Kahr-Knilling ist separatistisch und monarchistisch im Sinne der Restaurierung des Hauses Wittelsbach, während Ludendorffs Streben „großdeutsch“ ist und in letzter Hinsicht auf die Wiedereinführung des Hauses Hohenzollern abzielt. Zuerst überstülpte Kahr den Hitler — der schon im September losgeschlagen wollte — indem er sich zum Generalstaatskommissar einsetzte und die Macht im Staate an sich riß. Hitler mußte seinen vorbereiteten Staatsstreich auf später verschieben. Jetzt hat die Kompanie Ludendorff-Hitler wieder zum Schlag gegen Kahr, beziehungsweise gegen die von ihm vertretene Richtung ausgeholt. Den persönlichen Widerstand Kahrs hoffte sie zu brechen, indem sie ihn als „Reichsverweser“ einsetzte, was allerdings so viel bedeutete, wie ein König ohne Land, denn bis zum „Vertreter“ des Reichs durch einen bayerischen Diktator hat es noch

Hitlers Putsch niedergeschlagen.

Die Monarchisten Kahr und Lössow siegreich. — Die „Diktatoren“ in Haft. — Straßenkämpfe in München. — Die nationalsozialistische Partei aufgeklüft.

München, 9. November. Der Putsch ist beendet, der Präsident der bayerischen Regierung Knilling wurde befreit und hat die Regierung übernommen. In Bayern wurde die Ordnung wieder hergestellt.

Berlin, 9. November. (Eigenbericht.) Es kann als erwiesen gelten, daß der gestrige Putschversuch in München nicht auf Bayern beschränkt, sondern auf ganz Deutschland ausgedehnt werden sollte. Viele mit Hitler sympathisierende nationalsozialistische Organisationen und Zeitungen haben immer offenbar davon gesprochen, daß der 9. November den Umsturz bringen soll. Auf diesen großen Göttern der agrarischen Provinz Preußen und in Westfalen werden Waffenlager unterhalten und zahlreiche Nationalisten, als Handarbeiter verkleidet, beschäftigt. Daß die Rechtsradikalen und die Deutschnationalen darauf vorbereitet waren, geht aus einigen heute morgen erschienenen Wätern dieser Richtung hervor. Die „Deutsche Zeitung“ berichtete heute früh, daß in München ungeheure Begeisterung herrsche und Ruff die Straßen durchzieht. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Stimmesblatt, nennt Hitler bereits einen nationalen Reichsdiktator und behauptet, daß der Umsturz in München geglückt sei. Der schweizerische „Tag“ gab zwei verschiedene Ausgaben heraus, von denen die erste mit einem Sieg der Putschisten auch in Norddeutschland bereits rechnet und General Ludendorff als Reichshauptmann, Kahr als Statthalter für die Monarchie bezeichnet. Weiter verkündet es, daß Hitler auf Berlin marschiere, die Reichsregierung und der Reichspräsident abgesetzt seien. Als sich die Nachricht von dem gescheiterten Putsch als verifiziert erwies, wurde eine neue Auflage des Blattes herausgegeben. Die Nachmittagsblätter der Deutschnationalen sind wieder ziemlich kleinlaut geworden, sie beschwören die Regierung und die Reichswehr, nicht zu schroff gegen die bayerischen Putschisten vorzugehen, da es sich doch um eine Volksbewegung handelt.

Der Hitlerputsch ist wohl zusammengebrochen, jedoch ist die Lage in Bayern noch immer nicht geklärt. Herr von Kahr hat sich gegenüber Hitler zur Beteiligung an dem Umsturz, sei es durch Erpressungen, sei es durch Versprechungen überreden lassen. Es dürfte ihm aber nicht mehr gelingen, noch länger die Geduld des deutschen Volkes auf die Probe zu stellen. Er wird wohl auch jetzt bei der bayerischen Volkspartei angespielt haben, nachdem er es zugelassen hat, daß Ministerpräsident Knilling und der Minister des Innern Schöcher verhaftet wurden, während er selbst sich durch die anfängliche Beteiligung am Hitlerputsch in Sicherheit brachte. Die Reichsregierung hat heute wenigstens eine bemerkenswerte Energie gegen die bayerischen Putschisten an den Tag gelegt. Sie kann aber nur dann eine endgültige Reinigung der bayerischen Atmosphäre durchzuführen, wenn sie nicht auf halbem Wege stehen bleibt. Kahr und Lössow, die sich jetzt gegen den Hitlerputsch wenden, sind mitschuldig an ihm. Sie scheinen auch einzusehen, in welcher ungünstigen Situation sie sich befinden und haben der bayerischen Reichswehr die Weisung gegeben, sich den aus anderen Teilen des Landes anmarschierenden Formationen nicht entgegenzustellen.

Berlin, 9. November. (Eigenbericht.) Nach dem am Abend in Berlin vorliegenden Meldungen aus Bayern, die infolge der Sprengung des Telefons ziemlich dürftig sind, ist der Münchener Putsch vollständig niedergeschlagen worden. Nach einem heftigen Straßenkampf, bei dem es viele Tote und Verwundete gab, wurde das Münchener Kriegsministerium, worin sich die Putschisten verschanzt hatten, gestürmt. Ludendorff, Hitler, Böhrner und Hauptmann Römer sind gefangen worden. Heute Abend wurde die von General Seeck erlassene Zensurverordnung, wonach über die Vorgänge in München nur amtliche Nachrichten verbreitet werden dürfen, wieder aufgehoben.

Ludendorff enthaftet.

München, 9. November. Generalstaatskommissar von Kahr, der gestern nachts von Hitler und Ludendorff mit vorgehaltener Pi-

stole gezwungen worden war, Erklärungen über die Errichtung einer Reichsdiktatur in München abzugeben, hat heute vormittags einen Aufruf gegen die Putschisten veröffentlicht und die

seine guten Wege. Kahr selbst aber wehrt sich gegen die ihm zugeleitete Würde, und er läßt erklären, daß ihm die Zustimmung zur Uebernahme des Amtes mit Gewalt abgepreßt worden sei. Noch fehlt die genaue Uebersicht, wer in dem Ringen den Erfolg davontragen wird, auch über die Haltung der Reichswehrtruppen wird man wohl erst in den nächsten Stunden genaues erfahren. Wie sich angesichts der jurchbaren Ernährungsverhältnisse und der allgemeinen Wirtschaftslage die Putschisten an der Herrschaft erhalten wollen, auch wenn ihnen diese restlos zufallen sollte, erscheint immerhin als ein Rätsel. Ganz abgesehen davon, daß Frankreich erklärt, es werde die Errichtung einer nationalen Diktatur in Deutschland nicht dulden, da darin eine Gefahr für die Erhaltung der Friedensverträge gelegen sei. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird bald von dem Ludendorffischen Staatsstreich nichts übrig bleiben, als eine weitere Zerrüttung Deutschlands und seines ohnehin vom Unglück schwer heimgefügten Volkes. Die unmittelbare Folge war ein weiterer ungeheurer Sturz der Mark und voraussichtlich werden neben Blutopfern gesteigerte Leuerung, vermehrtes Elend die

sichtbarsten Folgen der deutschnationalen Heldentat sein. Ludendorff, der schon durch sein Verhalten im Weltkrieg, dessen Fortführung er betrieb, obwohl er längst verloren war, ungeheures Unheil über das deutsche Volk gebracht hat, jetzt sein satanisches Treiben fort und scheut wieder nicht davor zurück, Leben und Existenz seiner Volksgenossen um seines unzählbaren Ehrgeizes willen aufs Spiel zu setzen!

Wenn je, so müßte jetzt allen Menschen im Staate erschreckend zum Bewußtsein kommen, welche immense Gefahren von jenen ausgehen, welche in Selbstsucht und Herrschgier zur Zeit der größten Bedrängnis des Vaterlandes kein anderes Ziel kennen, als unter Ausnützung der Notlage des Reiches das Volk, in einen Krieg der Bürger untereinander zu verstricken. Nun müßte auch von allen Republikanern die Schmach der Schwäche und Lausheit begriffen werden, welche gegenüber Republikanermord, wie gegenüber den Verschöörungen und allen anderen Schandtatzen von Rechts jahrelang beobachtet wurde. Energie hat die Reichsregierung bisher nur gegen die Selbstwehrbestrebungen der Arbeiterschaft an

nationalsozialistische Partei für aufgelöst erklärt. Mittags wurde das Standrecht proklamiert. Bei den Zusammenstößen der Reichswehr und der Landespolizei mit den Nationalsozialisten auf dem Odeonplatz wurde Ludendorff gefangen genommen. Nachmittags wurde er gegen Abgabe des Ehrenwortes in Freiheit gesetzt. Hitler wurde verwundet. Sein Verbleib ist unbekannt.

Ein paar Stunden Diktator ...

Nürnberg, 9. November. (Süddeutsche Korrespondenz.) Im „Regensburger Anzeiger“ wird eine Erklärung der bayerischen Regierung veröffentlicht, in der es heißt: Infolge des heute nachts in München unternommenen Putsches begaben sich die Staatsminister Dr. Matt, Dr. Meinel und Dr. Krausned nach Regensburg, um zunächst von hier aus die Geschäfte der Regierung weiterzuführen. Sie haben alsbald die Verbindung mit dem Regierungspräsidenten aufgenommen. Verstärkungen sind nach München abgegangen. Die Fühlingnahme mit Kahr und Lössow wurde aufgenommen. Die von beiden und dem Obersten Seisser in der Versammlung am Donnerstag abends abgegebenen Erklärungen waren mit Waffengewalt erpreßt und sind bereits widerrufen. Die Reichswehr und die Landespolizei stehen treu zu der verfassungsmäßigen Regierung.

Ein Teil der Putschführer befindet sich in Schutzhaft. Ein anderer, darunter Ludendorff und Hitler, ist im Wehrkreiskommando eingeschlossen. In Nürnberg, wie überhaupt in Nordbayern, ist alles ruhig. Gewiss über anderslautenden Meldungen sei darauf hingewiesen, daß der Zugverkehr mit München völlig intakt ist. Es sind Verhandlungen im Gange, um den Zugverkehr zwischen Bayern und Norddeutschland wieder aufzunehmen, womit in kürzester Frist gerechnet wird. Auswärtige Reichswehr und Polizeikräfte sind in München zusammengezogen und haben die Säuberungsaktion gegen das Reichswehrgebäude, in welchem die Nationalsozialisten ihren Sitz haben, begonnen.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 9. November. (Wolff.) Die Deutsche Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: „An das deutsche Volk! In der Zeit größter außen- und innenpolitischer Bedrängnis haben sich Verbündete aus Berl gemacht, um das Deutsche Reich zu erschlagen. In München hat eine bewaffnete Horde die bayerische Regierung gestürzt, den bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling verhaftet und sich angemacht, eine Reichsregierung zu bilden. Den General Ludendorff zum angeblichen Beschützer der deutschen Armee, Herrn Hitler, der erst vor kurzer Zeit die deutsche Staatsangehörig-

den Tag gelegt, und hat deren proletarische Hundertkämpfer ebenso wie die proletarische Regierung Sachsens gegen Recht und Vernunft geprengt, während sie gleichzeitig mit Langmut, wenn nicht mit Duldung, zusah, wie sich die Gegenrevolution bewaffnete und für den entscheidenden Schlag rüstete. Schließlich mußten auch die Kommunisten die Größe der Gefahr für die gesamte Arbeiterschaft erkennen, und einsehen, daß jetzt, wo alles auf dem Spiele steht, für den Richtungsstreit keine Zeit ist, sondern daß alles und jedes darangesetzt werden muß, die Existenz der Arbeiterbewegung und die Republik zu schützen. Die Regierenden und ihre Organe haben versagt. Der Verbrecherwahnsinn des Hafentruerlertums, der lange genug sein Unwesen treiben konnte, muß unmöglich gemacht, die nationalsozialistischen und monarchistischen Staatsstrecker in ihre Löcher zurückgetrieben werden. Die Augen der sozialistischen Welt sind auf die deutsche Arbeiterschaft gerichtet, die vor ihrer schwersten Schicksalsprobe steht. Mit heißem Herzen ersehnen alle Proletarierherzen, daß es ihr gelingen möge, die Reaktionsgewalten erfolgreich abzuwehren!

leit erworben hat, zum Leiter der Geschichte Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Putschbeschlüsse null und nichtig sind. Wer diese Bewegung unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräter. Statt unserer Helden im Rheinland und an der Ruhr zu helfen, die für Deutschland kämpfen, stürzt man Deutschland ins Unglück, gefährdet die Ernährung, bringt uns in Gefahr eines feindlichen Einmarsches und zerrüttet alle Aussichten auf Anbahnung wirtschaftlicher Gesundung. Die letzten Maßnahmen der Reichsregierung auf währungs- und finanzpolitischem Gebiete haben dazu geführt, daß die Mark im Auslande sich in den letzten 24 Stunden gebessert hat. Das alles ist dahin, wenn das wahnwitzige Beginnen Erfolg hat, das in München versucht wird.

In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Wahrung der Reichseinheit, deutscher Ordnung und deutscher Freiheit. Alle Maßnahmen zur Niederkämpfung des Putsches sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt. Der Reichspräsident: gen. Ebert, die Reichsregierung: gen. Stresemann, Reichskanzler."

Einlegung der Militärdiktatur.

Berlin, 9. November. (Wolff.) Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, durch die der Oberbefehl über die deutsche Wehrmacht dem Chef der Heeresleitung General von Seeckt übertragen wird. Gleichzeitig übergeht die vollziehende Gewalt vom Reichswehrminister auf den General von Seeckt, der alle zur Sicherung des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat.

Preußen, Württemberg und Unterfranken gegen den Putsch.

Berlin, 9. Nov. (Wolff.) Die preussische Staatsregierung erließ folgenden Aufruf: Staatsbürger Preußens! In München ist von Hochverrätern versucht worden, die bayerische Regierung zu stürzen. Die Einheit des Reiches und seine Verfassung sind bedroht. Die Reichsregierung hat zu ihrer Verteidigung aufgerufen. Es war stets Preußens Ruhm, der festeste Pfeiler des Reiches zu sein. Die preussische Regierung steht auch jetzt rückhaltlos hinter der Reichsregierung in dem ihr ausgezwungenen Kampfe. Mitbürger! Tretet einmütig hinter eure Regierung und helfet so alle mit, die Einheit des Reiches zu erhalten.

Stuttgart, 9. Nov. (Wolff.) Der Innenminister erklärte in einem Aufrufe an das württembergische Volk, daß er jede Unterstützung wie selbständige Befämpfung der bayerischen Putschisten verbiete und daß er im Zusammenwirken mit den Befehlshabern ein Ubergreifen der Bewegung auf Württemberg mit allen Mitteln unterdrücken werde. Die Polizei sei in der Lage, die Ruhe in Württemberg aufrecht zu erhalten.

Berlin, 9. Nov. (Wolff.) Nach amtlichen Nachrichten herrscht in ganz Unterfranken Ruhe. Die Regierung in Würzburg sowie die Reichswehr in Aschaffenburg stehen vollständig auf Seite der rechtmäßigen Regierung.

Die außenpolitischen Gefahren einer Rechtsdiktatur.

Paris, 8. November. (Havas.) In einem gestern an den Botschafter in Berlin Margerie gesandten Telegramm betont Poincaré, Frankreich erachte es, ohne sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, als seine Pflicht, allem vorzubeugen, was einer Vereitelung der Durchführung des Friedensvertrages zur Folge haben könnte. Frankreich würde es nicht günstig betrachten, wenn in Berlin und in München eine den europäischen Frieden bedrohende Militärdiktatur herrschen würde. Der Standpunkt Frankreichs wird stets mit dem von ihm unausgesprochen vertretenen Grundgedanken übereinstimmen, welche die Schaffung einer wahren Demokratie als die beste Garantie des Friedens und Gedeihens Deutschlands ansehen. Der Ministerpräsident hat den Botschafter ersucht, er möge — ohne eine Demarche zu unternehmen — diese Anschauung dem Reichskanzler Stresemann bekanntgeben, damit das deutsche Volk auf diese Weise die Ansicht Frankreichs kennen lerne.

Berlin, 9. November. Der „Lokal-Anzeiger“ bringt nach der Telegraphen-Union aus Paris die Meldung, wonach aus Äußerungen in der Botschafterkonferenz zu schließen ist, daß eine Ausdehnung der militärischen Befehlsgewalt Deutschlands in Erwägung gezogen worden sei.

„Hitler marschiert.“

Wien, 9. November. (Eigenbericht.) Die Wiener Volkensprecher verteilten heute ein Flugblatt, das mit der Erklärung beginnt: „Hitler marschiert! Der Tag der Befreiung, des rächenden Vornes ist angebrochen! Hoch flattern die Fahnen des Kaiserreiches in den Lüften und rufen Euch zu: die Schmach der letzten fünf Jahre hat ein Ende. Hitler marschiert!“ Das auch sonst sehr ufrige Flugblatt schließt: „Adolf Hitler, verehrter, geliebter Führer, wir grüßen Dich! Der deutsche Herrgott segne Deine Wege!“

Die Hanswurstmödie im Bierkeller.

Es war so schön gewesen, es hat nicht sollen sein.

München, 9. Nov. (Wolff.) Zu den Vorgesängen im Bürgerbräu-Keller wird gemeldet: Mehr hatte ungefähr dreiviertel Stunden gesprochen, als Hitler, eskortiert von zwei schwer bewaffneten Nationalsozialisten, in den Saal eintrat. Seine Begleiter forderten mit erhobenen Revolvern Ruhe. Hitler rief: „Die Sache geht nicht gegen Rahr.“ Ein Hitleroffizier erklärte darauf: „Heute beginnt die nationale Revolution. Sie richtet sich ausschließlich und allein gegen die Berliner Judenregierung. Die neue Regierung Hitler-Ludendorff-Pöchner, sie lebe hoch!“ Die Versammlung sang hierauf das Deutschlandlied. Sodann erschien Hitler noch einmal vor den Versammelten, nachdem er sich durch einen Revolverbeschuß Ruhe verschafft hatte. Er schlug vor, das Kabinett Aniling für abgesetzt zu erklären. Eine bayerische Regierung solle gebildet werden aus dem Landesverweser Rahr und dem mit diktatorischer Gewalt ausgestatteten Ministerpräsidenten Pöchner. Die Berliner Regierung sei für abgesetzt zu erklären, ebenso Ebert. Die deutsche nationale Reichsregierung werde in München gebildet; weiter schlug er die Bildung einer nationalen Armee vor. Nachdem er die Verteilung der Ministerposten mitgeteilt hatte, erklärte er, die Aufgabe der provisorischen deutschen nationalen Regierung sei, den Marsch anzutreten gegen das Sün-

denbabel Berlin. Den Ausführungen Hitlers folgte unbeschreiblicher Jubel. Hitler schloß: „Der morgige Tag findet in Deutschland entweder eine nationale Regierung oder uns tot; es gibt nur eins von beiden!“ Nachdem die für die Regierung vorgeschlagenen Männer in einem Nebenlokal beraten hatten, erklärte Rahr, daß er die Leitung der Geschichte Bayerns übernehme und sich als Statthalter der Monarchie betrachte. (Stürmischer Beifall.) Ebenso erklärten sich die anderen vorgeschlagenen Männer zur Übernahme ihrer Ämter bereit.

Hitler dankte Rahr und sagte dann zur Versammlung: „Der Name Rahr ist heute in die deutsche Geschichte eingetragen worden.“ Hitler brachte ein Hoch auf die bayerische Regierung, auf Rahr und Ludendorff aus. In den Ansprachen der Mitglieder der provisorischen Regierung wurde durchwegs betont, daß die schwarz-weiß-rote Fahne wieder gelten müsse. Es stellt sich heraus, daß es sich bei der Aktion Ludendorffs und Hitlers nicht nur um einen Putsch in Bayern handeln soll, es ist vielmehr von der Putschleitung erklärt worden, daß die Diktatur als deutsche nationale Reichsregierung in München errichtet worden ist. Hitler erklärte, er werde Deutschland wieder zu einem Reich der Herrlichkeit machen.

Gott hat es anders gewollt.

München, 9. November. Die Ansprache, die General Ludendorff gestern im Bürgerbräu-Keller nach der Rede Hitlers hielt, hat folgenden Wortlaut: „Ergriffen von der Größe des Augenblicks, stelle ich mich mit meiner ganzen Kraft der deutschen nationalen Regierung zur Verfügung, und mein Bestreben wird sein, die schwarz-weiß-rote Kolarde wieder zu Ehren zu bringen, die durch die Novemberrevolution geschändet worden ist. Es erfordert die Aufgabe der Stunde, nicht nur die Hingabe mit dem Verstande, sondern mit vollem, deutschem Herzen. Diese Stunde sei ein Wendepunkt in der deutschen und in der Weltgeschichte. In diesem Ernst, der uns die ungeheure Schwere unserer Arbeit zeigt, müssen wir erhobenen Herzens an unsere Arbeit gehen. Wenn wir dies tun, so zweifle ich nicht, daß Gott unsere Arbeit segnen wird. Ohne den Segen Gottes geschieht nichts. Unser Gott im Himmel wird mit uns sein.“

Der aufgedeckte Putschplan in Budapest.

Budapest, 9. November. (M.A.B.) Abg. Homonay (christl.-oppositionell) wurde im Zusammenhang mit der Affäre Ulain von der Polizei in Gewahrsam genommen. Minister des Innern Rakoszy erklärte zu den enthüllten Putschvorbereitungen, daß die Leute, die an dieser Sache beteiligt seien, in Ungarn keinen Anhang, ja sogar keinen Boden unter den Füßen hätten. Doch habe die Regierung diesem unverantwortlichen Treiben nicht endlos zusehen können. Das bei Ulain gefundene Dokument sei keine Denkschrift, sondern ein formeller Vertrag von Staat zu Staat, eine Vereinbarung zwischen Bayern und Ungarn. Die Putschisten sicherten sich für Ende November fremde Truppen unter fremden Offizieren, zu dem Zwecke, daß das in Ungarn bestehende Regime gestürzt werde und um ihre Herrschaft zu etablieren.

Budapest, 9. November. (Eigenbericht.) In den letzten Tagen waren außer Münchner Hakenkreuzern auch italienische Faschisten in größerer Zahl in Budapest gesehen worden. Die fremdlandischen Gäste wurden im ganzen Lande untergebracht. Besonders in Kecskemet, auf dem Gute der Familie des Massenmörders Orszag war die Einquartierung der Fremden groß. Es scheint

heute, daß die Regierung die ganze Affäre wieder vertuschen will. Die's Vorhaben ist auch an der Sprache, die die rechtsradikale Budapest-Presse führt, zu erkennen, die nun wieder zuversichtlich ist und in einer niederrichtigen und herausfordernden Weise ihre Hege fortsetzt.

Die „Nepzava“ weist darauf hin, daß dem Abgeordneten Ulain noch nach der erfolgten Verhaftung gestatte war, seine Genossen zu warnen und diesen ernstlich wurde, alles belastende Material in Sicherheit zu bringen. Auch ein Versuch bei dem Rassenführer Eshardt wurde Ulain möglich gemacht.

Amerika lehnt die Teilnahme an der Sachverständigenkonferenz ab.

Washington, 9. November. (Havas.) Die Vereinigten Staaten haben es definitiv abgelehnt, an dem Expertenkomitee teilzunehmen.

Kurze Auslandsmeldungen.

Das Begräbnis der Krakauer Opfer.

Krakau, 9. November. Heute vormittag fand unter Teilnahme einer hunderttausendköpfigen Menschenmenge in äußerst feierlicher Weise die Bestattung der in den letzten Straßenkämpfen gefallenen Offiziere und Soldaten statt. An der Bestattung nahm im Namen der Regierung Kriegsminister Sepiacki und Vizeminister des Innern Opiuski teil. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

Ein Komplott gegen die Mussolini-Herrschaft.

Rom, 8. November. (Havas.) Blättermeldungen zufolge ist in Mantua ein Komplott gegen die fascistische Regierung entdeckt worden. Elf Kommunisten sind verhaftet worden.

Blaue Bohnen für arbeitstote Bergarbeiter.

Köln, 9. November. (Wolff.) Der „Kölnischen Zeitung“ zufolge dauert die Bewegung der mit der Höhe der Erwerbslosenunterstützung unzufriedenen erwerbslosen Bergleute im Gelsenkirchener Bezirk an. Gestern kam es zu schweren Zusammenstößen vor der Fache „Consolidation“. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch. Bisher sind zwei Tote und fünf Verletzte zu verzeichnen.

Des „Grafen“ Ledebour Extratour.

Beendigung der außenpolitischen Debatte im Senat.

Prag, 9. November. Die heutige Sitzung stand noch ganz im Zeichen der Extratour des Christlich-sozialen Ledebour. Dieser abgeleitete Adelige hatte sich in geschmackloser und dummer Weise über die Demokratie lustig gemacht. Die Ausführungen Ledebours über Ungarn haben deutlich gezeigt, daß seine Kritik der tschechischen Demokratie eingeebnet war von ganz anderen als demokratischen Grundsätzen. Unter der Zustimmung des ganzen Hauses konnte deshalb Genosse Dr. Heller den Inhalt der Ledebourschen Ausführungen als den „alten Haß der Aristokratie gegen die Demokratie“ charakterisieren. Dr. Heller rügte mit aller Deutlichkeit von der Ledebourschen Erklärung ab und verwahrte sich insbesondere dagegen, daß Ledebour im Namen aller Deutschen zu sprechen sich erdreiste.

Ein Entschuldigungsschreiben.

Die Erregung kam auch heute noch zum Ausdruck, als Vizepräsident Dr. Soukup ein Entschuldigungsschreiben Ledebours verlas. Die Ver-

lesung dieser Zuschrift war von Zurufen und Kundgebungen der tschechischen Senatoren begleitet.

Der erste Redner war der tschechische Sozialdemokrat Jmal. Er stimmte mit dem Wunsche Niehners, daß sich alle jene, denen an der Erhaltung des Friedens liegt, verbinden soll, überein. Es darf aber nicht Nationen geben, deren egoistische Wünsche mehr gelten als der Friede Europas. Der ungarische Precedentismus ist es, der uns zwingt, eine unproduktive Armee zu erhalten.

Wer hat gestohlen?

Dann sprach der tschechische Nationalsozialist Klossak. Er erklärt, Ledebour habe in den Intentionen des alten Deutschland gesprochen. Er wünscht, daß die Worte Ledebours wörtlich gedruckt und in der ganzen Welt verteilt würden. Ledebour will wichtig sein, aber er vergißt, daß es außer einer Pseudodemokratie auch eine Pseudobourgeoisie gebe, welche sich schamlos als sozialistische tschechische Dynastie benahm, auch wenn am Thron der größte Idiot saß. Wenn Dr.

Ledebour von Diebstahl gesprochen habe, so soll er sich daran erinnern, woher die Güter seiner Familie stammen und dann wird er wissen, wer gestohlen hat. Der reichsdeutschen Sozialdemokratie darf der Redner Mangel an Klugheit vor, da sie nicht den Mut gehabt hat, sich an die hohen Generale und Bürokraten heranzutragen. Die Ereignisse in Bayern sind ein Memento für alle sozialistischen Parteien. Wir fühlen das Elend des hungernden deutschen Volkes ehrlich mit!

Sodann gelangt zu Worte

Dr. Heller

1871 und 1918.

Er führt aus: Im Laufe der Debatte ist wiederholt davon gesprochen worden, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist und es wurde uns das Beispiel Frankreichs vom Jahre 1871 entgegengesetzt. Es ist notwendig, daß man nicht nur mit allgemeinen Worten diesen Unterschied hervorhebt, sondern auch die tatsächlichen Unterschiede, welche zwischen 1871 und 1918 bestanden, berücksichtigt. Damals in den Jahren 1870 und 1871 dauerte der Krieg fünf Monate, aber der Weltkrieg dauerte mehr als vier Jahre und es war nicht nur ein Krieg, es war auch eine Blockade. Sie haben vollständig vergessen, wie einträchtig Deutschland durch die Blockade, wie Hunger und Not in den letzten Kriegsjahren über Deutschland hereingebrochen waren. Sie vergessen die Art der Kriegsführung, die in den Jahren 1870 und 1871 doch noch einigermaßen, soweit es im Kriege möglich ist, menschlich war, die aber im Weltkrieg auf allen Seiten, auch auf Deutschlands Seite unmenschlich und barbarisch geworden war. (Zur Koalition gewendet.) Sie sagen, Frankreich hat 1871 bezahlt. Frankreich hat kurz nach dem Kriege einen ausländischen Kredit erhalten und konnte aus diesem ausländischen Kredit seine Kriegsschulden bezahlen. Deutschland hat bisher keinen ausländischen Kredit erhalten. Die endgültige Summe dessen, was Deutschland an Reparationen zu bezahlen hat, ist bis heute noch nicht bestimmt und Frankreich weigert sich mit aller Energie, auch nur ein Wort darüber zu reden, es vertweigert die Beschickung jeder Konferenz, die sich mit der endgültigen Festsetzung der Summe, welche Deutschland zu bezahlen hat, befassen würde. Das ist der Unterschied und man kann nicht einfach sagen: Frankreich hat bezahlt und Deutschland nicht.

Was die Zahlungen betrifft, bestehen nun zwischen Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen und anderen Faktoren auf der dritten Seite ganz gewaltige Differenzen. Deutschland behauptet, es habe bisher 49 Goldmilliarden gezahlt. Frankreich behauptet, es habe acht oder neun Goldmilliarden erhalten. Unparteiische Sachverständige haben die Summe dessen, was Deutschland bezahlt hat, mit 36 Milliarden bestimmt, und Keynes, der in vielen Dingen, beinahe in allem, was er vor Jahren vorausgesagt hat, recht behalten hat, bestimmte diese Summe vor kurzem wieder mit 1 Milliarde Pfund Sterling, das sind 24 Milliarden Goldmark oder 30 Milliarden Franken.

Demnach hat Deutschland sechsmal soviel als Frankreich im Jahre 1871 bezahlt.

Wie kann die Behauptung, Deutschland habe nichts bezahlt, noch aufrecht erhalten werden? Das ist nicht richtig. Ich bin der Letzte, der nicht zugeben würde, daß auch Deutschland im Laufe der Nachkriegszeit manches getan hat, was besser unterblieben wäre. Es ist meiner Ansicht nach immer unrecht, alle Schuld auf eine Seite zu wälzen. Diese Ungerechtigkeit begehen Sie und wird von der anderen Seite auch begangen. Auch Deutschland hat eine gemessene Anzahl an Schulden.

Der Minister des Innern hat davon gesprochen, daß Deutschland bis heute seine sittliche und politische Revolution noch nicht durchgeführt hat. Ich stehe auf dem Standpunkt: Es ist richtig, daß Deutschland weder seine sittliche, noch seine politische Revolution zu Ende geführt hat. Aber es ist nicht möglich, von einem Staat von der Struktur Deutschlands und besonders Preußens, das Deutschland seine Signatur aufgedrückt hat, aus diesem rein absolutistischen, rein junkerlichen Staat mit einem Worte dem Staat der Hohenzollern, einen demokratischen Staat machen zu wollen. Da wäre es in erster Reihe die Aufgabe der Siegermächte gewesen, das demokratische Deutschland zu unterstützen. Was das deutsche Proletariat tun konnte, um diese Entwicklung herbeizuführen, hat es wahrhaftig getan. Tausende und Abertausende Blutopfer hat das deutsche Proletariat für seine Demokratie gebracht, und daß die Demokratie in Deutschland nicht zum Siege gelangen konnte, war gewiß zum großen Teil auch die Schuld der deutschen Bourgeoisie. Aber der größte Teil der Schuld trifft die Siegerstaaten und Frankreich vor allem, das im Interesse des Kapitalismus der Entwicklung der deutschen Demokratie Knüppel und Knüppel zwischen die Füsse geworfen hat. („Sehr richtig.“) Anstatt die deutsche Demokratie zu stützen, hat Frankreich, im Gegensatz zu einem großen Teil der Entente, ununterbrochen alles getan, um eine Genesung Deutschlands und damit das Wachsen und Blühen der Demokratie zu hindern.

Mit einem Deutschen Sinnes, mit einem Deutschland Cunos haben wir nichts zu tun. Das ist uns so feind, wie der Arbeiterhaß der ganzen Welt. Aber dem Proletariat Deutschlands werden wir in aller Zukunft unerschütterliche Treue halten.

Ich komme nun auf die Vorfälle anlässlich der Rede Ledebours zurück. Ich weiß nicht, woher

Ganzheit wegen des Schulbesuches seiner Kinder doch keine Ruhe mehr haben. Er stimmte endlich...

Eine ganze Reihe dazwischenliegender Fälle, wo die dienstliche Qualifikation noch andere dienstliche Rücksichten für Verleihungen vorhanden waren...

Das auf die Posten dieser versetzten Leute vielfach junge tschechische Bedienstete kamen, davon kann sich jeder selbst in den betreffenden Stationen überzeugen.

Wie wir dem „Eisenbahner“ entnehmen, wird die Untersuchung auch gegen den Wagenresidenten in Friedel geführt, der die Bremsen vor Abgang des Zuges nicht kontrolliert haben soll.

Nun soll, nach der Berichtigung des Herrn Rebil, gerade der schuldtragende Beamte deutscher Nationalität sein.

Das Bausch und der Bauscher Aufseher ist der Rebil aufschon, so verhält es sich damit nicht ganz so unschuldig wie Rebil in der Berichtigung anführt.

Ein Purpurbaum färbt rot und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verblühend, Nebel und Wolken raffen sich auf...

zu überwaehen, welcher Aufgabe er in wiederholten Anzeigen gegen den Vorstand und gegen andere nachkam.

Das ist aber noch nicht alles. Gleichzeitig wurden auf der Strecke nach Bausch die Wächter von Mankendorf, Jeggendorf, Tschirn und Schwandorf veretzt.

Das dürfen wohl Beweise genug sein, daß Herr Rebil in der kurzen Zeit seiner Bauscher Sommerreise gründliche Arbeit gemacht und in seiner amtlichen Eigenschaft für den Bestand der tschechischen Minderheitsschule gut vorgeföhrt hat.

Letzte Nachrichten.

Hitlers Anwesenheit unbekannt.

München, 10. November. (Süddeutsche Ztg.) Aus München wird berichtet: Im Laufe des Nachmittags ist die Aktion gegen das Reichswehrgebäude zum Abschlusse gekommen.

Ein Purpurbaum färbt rot und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verblühend, Nebel und Wolken raffen sich auf, lassen sich zusammen und werfen sich dem Morgenrot entgegen...

Tages-Neuigkeiten.

Der zweite Verbandstag unseres Jugendverbandes.

Bodenbach, 9. November. (Eigenbericht.) Abends trat im Saale der festlich geschmückten Halle der zweite Verbandstag des sozialistischen Jugendverbandes zusammen.

Den Begrüßungen schlossen sich Dode (Kreis Bodenbach des Jugendverbandes), Cermak (Parteivorstand), Stern (Zentralbildungsschule und „Kinderfreunde“) und Wondreich (Kreisparteivertretung) an.

Der Verbandstag nahm noch abends die Berichte des Verbandsvorstandes entgegen.

Kommunistische Führer.

Der Bezirksführer Lukas der Porzellanfabrik Meißner in Briegau war in der Zeit der Spaltung einer jener Führer der Kommunisten, die im Bezirke Böhmen eifrig am Werke waren.

Bräunthal, am 28. 10. 1923.

Liebe Eltern!

Vor allem die herzlichsten Grüße. Hoffentlich habt Ihr meinen letzten Brief erhalten. Es hat sich seit dieser Zeit viel ereignet.

Verhältnisse mußten sich ändern. Es wurde eine Veranlassung abgehoben, in der ein „Infer“ Gewerkschaftsführer Lukas als Tierbändner hinsteckte.

Grüße aus der Ferne sendet: Rudolf.

Die Fügigkeit des Brager Telegraphenamtes. Das tschechoslowakische Postbureau gab gestern drei Meldungen aus, die wir mit den Bemerkungen des Postbureaus abdrucken:

Paris, 8. November. (Die um 22 Uhr 20 Minuten beim Telegraphenamte in der Jindřichůvka eingelangte Depesche wurde dem Postbureau abdrucken:

Paris, 8. November. (Die um 22 Uhr 20 Minuten beim Telegraphenamte in der Jindřichůvka eingelangte Depesche wurde dem Postbureau abdrucken:

Vater Gabriel.

Von Honoré de Balzac.

Dieser Spaziergang war für den Studenten verhängnisvoll. Er fiel einigen Frauen auf. Er war so schön, so jung und so geschmackvoll angezogen.

Als er kam, machte Frau von Beaufoant eine ungeduldige Bewegung und sagte in kühnem Ton: Herr von Rastignac, es ist mir unmöglich, Sie zu empfangen.

Stimme das Ergebnis des Charakters und der Gewohnheiten ihrer Klasse. Unter dem Zankhahndbühn spürte er den eisernen Griff; hinter den guten Manieren Epigramm und Brutalität unter dem Feins das Holz.

„Nun, kommen Sie zu Tisch.“ sagte sie etwas beschämt über die Härte ihrer Worte, denn diese Frau war in ihrem Kern gültig und vornehm.

Obgleich dieser schnelle Rückzug Eugen bis zu einem gewissen Grade rührte, sagte er sich, als er ging: „Nur zu, es gilt Stufe um Stufe zu erklimmen und alles zu erdulden.“

wie Baurin sagt, Annonenflugel werden.“ Die bitteren Gedanken des Studenten verfolgten schnell genug in der Vorfreude, zur Gräfin zu Tisch kommen zu dürfen.

„Begleiten Sie mich heute abend in die Oper?“ fragte die Gräfin ihren Gatten. „Sie zweifeln nicht daran, welche Freude es mir wäre, Ihnen zu gehorchen.“

ihn umgab, während lautlos serviert wurde, fielen alle Entschlüsse, ein reines Leben zu führen, wie ein Kartenhaus zusammen.

„Sie zweifeln nicht daran, welche Freude es mir wäre, Ihnen zu gehorchen.“ antwortete er in seiner spöttischen Galanterie, auf die der Student bereinfiel, „leider habe ich bereits eine Verabredung im Parisis.“

Lebedour das Recht genommen hat, hier im Namen des ganzen deutschen Volkes „bis zur letzten Sekunde“ zu sprechen. Wie weit er dazu eine Ermächtigung von den bürgerlichen Parteien hatte, will ich nicht untersuchen, Ich konstatiere aber:

Dr. Lebedour ist der allerletzte der im Namen der deutschen Arbeiterschaft sprechen kann.

Dieser hat er keine Legitimation. Die deutsche Arbeiterschaft bedankt sich mit aller Entschiedenheit dafür, durch ihn hier vertreten zu werden. Jede wie immer geartete Unterstützung der deutschen Reaktion lehnt die deutsche Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit ab!

Unsere Stellung zu der Art von Demokratie, wie sie in diesem Staate herrscht, ist bekannt. Wir wissen, daß in diesem Staate wohl Ansätze von Demokratie vorhanden sind, daß aber noch viel fehlt, um der Demokratie in diesem Staate zum wirklichen Sieg zu verhelfen. Ich weiß auch nicht, ob Sie davon überzeugt sind, daß die Demokratie für die Zukunft in diesem Staate gesichert ist. Der Herr Präsident hat das Wort gesprochen: „Demokratie ist Autonomie.“ Eine nähere Erklärung dieses Wortes fehlt uns. Aber wenn es im Sinne einer nationalen Autonomie, einer Selbstverwaltung der Nationen gesprochen war, einer wirklichen Selbstverwaltung der Selbstverwaltungskörper, dann akzeptieren wir mit Vergnügen. Ich glaube, daß auch die Demokratie in diesem Staate einen großen Schritt nach Vorwärts tun würde, wenn diese Worte des Herrn Präsidenten ihre Verwirklichung finden würden.

Wenn Dr. Lebedour auf die Vorfälle im Bodenamt aufpassen wollte, zeigt sich eben, daß auch im Bodenamt, so wie überall, solche Zustände oder Dinge eintreten können, weil

die Kontrolle durch eine Opposition fehlt.

Sie sollten daraus lernen, daß Sie an jede Stelle des Staates der Opposition zumindest eine kontrollierende Rolle einräumen müßten. Gerade die Vorfälle im Bodenamt sind aufs Schärfste zu verurteilen. Aber Verschleungen einzelner der Demokratie zur Last zu legen ist eine Ungeheuerlichkeit, wie ich sie mir nicht schlimmer vorstellen kann. Das wäre dasselbe, wenn wir die Verschleungen von manchen hohen Aristokraten, etwa die Schiebergeschäfte österreichischer Erzherzoge im Kriege, der gesamten Aristokratie zur Last legen würden. Die Ausführungen Dr. Lebedours haben, soweit sie sich auf Ungarn bezogen, neuerlich gezeigt, woher der Wind bläst: Es ist

der alte Haß des ehemaligen Adelsigen gegen die Demokratie überhaupt.

Wir stehen in der Frage Ungarn auf einem ganz anderen Standpunkte, auf dem Standpunkte, den uns die Hamburger Internationale in ihren Beschlüssen vorgeschrieben hat: Keine Unterstützung an Ungarn, solange dort das feyge Regime herrscht. Wir mischen uns nicht ein. Das ist die Ansicht, der auch der Minister vor nicht langer Zeit war, und die wohl auch durch gewisse Einwirkungen von außen, insbesondere von

England her, einige Änderungen erfahren haben dürfte.

Ebenso wenig billigen wir, daß eine Nation, in welcher Form immer, befehligt wird, so wie es gestern geschehen ist. Von solchen Dingen rücken wir mit aller Entschiedenheit ab.

Das was gestern hier vorgegangen ist, ist klein gegenüber dem, was gestern in München vorgegangen ist. In München wurde die Rechtsdiktatur aufgerichtet und damit rückt die Gefahr sehr nahe, daß sie auch in Berlin aufgerichtet wird. Wir müssen damit rechnen, daß wir in wenigen Tagen die Gefahr einer Rechtsdiktatur in ganz Deutschland haben, mit all jenen grausamen Verfolgungen aller nicht reaktionären Parteien, und insbesondere der Sozialisten und Kommunisten, wie wir sie in Ungarn, in Italien und in anderen Staaten erlebt haben. Da kann der tschechoslowakischen Republik eine große Aufgabe erwachsen. Es ist durchaus möglich, daß im Laufe dieser Gegebenheiten eine große Anzahl von politischen Flüchtlingen über die Grenze zu uns hereinkommt und da erwarten wir mit aller Bestimmtheit, daß die tschechoslowakische Regierung diesen politischen Flüchtlingen eine gastliche Zufluchtsstätte bieten wird, daß sie hier in diesem Staate solange in Ruhe und Frieden leben können, bis sie wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Wir werden sehr dankbar sein, wenn der Minister des Äußeren in dieser Hinsicht beruhigende Aufklärung geben würde. Die Arbeiterschaft, und da glaube ich ruhig sagen zu können, ohne Unterschied der Nation und ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, wird sich dieser politischen Flüchtlinge Deutschlands mit brüderlicher Liebe annehmen. (Lebhafte Beifall.)

„Christliche“ Nächstenliebe.

Als letzter Redner sprach Krohler. Er erklärte, daß nach den Worten Lebedours an einen Eintritt der Deutschen in die Regierungsmehrheit nicht mehr gedacht werden könne. Als er sich weiterhin mit den Ausführungen Lebedours beschäftigte rief

Redner: Lebedour ist ebenso ein Alexikaler wie Sie!

Krohler (fortfahrend): Ich bin ein katholischer Pfarrer und er ist ein Klerikaloz. (Lebhafte Heiterkeit.) Als Krohler verabschiedet, mit dem deutschen Volke sein Mitleid zu haben, rief

Redner: Christliche Nächstenliebe!

Schließlich antwortet Krohler auf die Frage Dr. Lebedours, was Dr. Beneš aus dem Vatikan mitgebracht habe: Der Heilige Vater lasse allen Katholiken sagen, sie mögen vor allem die Gesetze des Staates erfüllen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Es wird schließlich zur Abstimmung geschritten und die Erklärung Beneš von der Koalition zur Kenntnis genommen.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichen Wege einberufen.

neuen Erfahrungen werden später vertieft werden. Das bereits unterbreitete Budget weist einige Veränderungen auf, die sich infolge Einführung dieses neuen Systemes als notwendig erweisen haben. Die Einnahmen werden steigen, einestheils, da die Industrie- und Handelsströme überwinden ist, sodas eine Steigerung des Betriebes zu erwarten ist, andererseits infolge der Änderung der Situation im Auslande und Erhöhung der Tarife in den Nachbarstaaten.

In der Debatte sprach u. a. auch Genosse Fischer. Er forderte nicht nur eine Herabsetzung der Eisenbahntarife, sondern auch grundlegende Änderungen des gesamten Tarifsystems. Er verwies besonders auf die hohen Eisenbahntarife beim Kohlentransport und beim Karosfellertransport. Er wünscht, daß das Eisenbahnministerium bei der Regelung des Verkehrsstarifes

die Eisenbahntarife dem Werte der transportierten Produkte der landwirtschaftlichen und Industrieerzeugung anpaßt.

Er hält dafür, daß das Ziel, welches das Eisenbahnministerium verfolgt, nicht erreicht werden wird, wenn die Finanzverwaltung nicht die verschiedenen Verkehrsabgaben erniedrigt.

Redner macht auch auf die Häufung der Unglücksfälle bei den Eisenbahnen aufmerksam, und verlangt Abhilfe vom Minister.

Postminister Tschy teilte mit, daß das Postministerium auf dem Weihen Berge bei Prag eine neue Empfangsstation für Nachrichten aus dem ferneren Auslande und Amerika einrichtet, die mit der direkten Telegraphenleitung verbunden sein wird. Außerdem werde das Postministerium in den Lokalitäten des tschechoslowakischen Korrespondenzbüros in der Stefansgasse und in den Lokalitäten der Centropresse in Prag Aufnahme-Stationen für ausländische Zeitungsmeldungen errichten. Der Bau der Zentralstation in Podbihrad wird im künftigen Jahre fertig. Die Telefonverwaltung wird mit der Errichtung von Radiotelephonien für Privat Zwecke konzessionierte Gesellschaften betrauen.

Genosse Dvick beschäftigte sich mit dem Kapitel „Post und Telegraphen“. Aus den Ziffern des Voranschlags geht das Bestreben hervor, in der Öffentlichkeit den Eindruck des Sparens zu erwecken. Er verlangte, daß ein weiterer Abbau der Posttarife und auch der Telephongebühren vorgenommen werde, damit das Telephon als modernes Verkehrsmittel den breiten Schichten der Bevölkerung zugänglich gemacht werde. Bezüglich des Telephonverkehrs sind die vielen Klagen noch immer nicht verstummt, insbesondere was den interurbanen Verkehr anlangt. Der Ausbau der automatischen Zentrale in Prag müsse beschleunigt werden. Weiter verlangt Redner, daß der Minister die Radiotelegraphie und drahtlose Telephonie der Öffentlichkeit zugänglich mache und vermehrt im Budget eine Ziffer über die Höhe des für die Investitionsankäufe beim Kapitel „Post“ eingekommenen Betrages. Zum Schluß bespricht Redner die Verhältnisse beim Postfachamt.

Inland.

Der Kampf um den deutschen Privatunterricht in Hultschin.

Vom Schulausschuß des Verbandes deutscher Selbstverwaltungskörper erhalten wir folgende Zuschrift:

Im September vorigen Jahres griffen die Hultschiner, da ihnen in bezug auf die Einrichtung einer deutschen Schule die Regierung niemals entgegengekommen war, zur Selbsthilfe. Sie setzten sich mit dem „Deutschen Kulturverband“ in Verbindung, um wenigstens einige Privatlehrer nach Hultschin zu bekommen, die den Unterricht der deutschen Kinder, die zum Teile noch von reichsdeutschen Lehrkräften unterrichtet wurden und zum anderen Teile mangels einer solchen Gelegenheit in die tschechische Schule gehen mußten, übernehmen sollten. Anfangs waren nur zwei Lehrer dort und da lag der Behörde nicht viel daran, gegen den Unterricht einzuschreiten. Anders gestalteten sich die Dinge, als der Zubrang zum Privatunterricht immer größer wurde und es daher notwendig erschien, mehrere Lehrer in Hultschin anzustellen. Die Behörde fühlte sich nun gezwungen, die „Germanisation“ der „tschechischen“ Hultschiner (siehe Gemeinbewahlen) abzustellen. Es begann nun die Schikanierung der Eltern, die ihren Kindern deutschen Privatunterricht erteilen ließen. Im Mai dieses Jahres wurden die Eltern beauftragt, mit den Kindern bei der Bezirksschulbehörde zu erscheinen und die Kinder prüfen zu lassen. Die Prüfung zeigte angeblich, daß der Privatunterricht nicht genüge und die Eltern wurden aufgefordert, die Mängel des Privatunterrichtes abzustellen. (Wer kann sagen, welche Mängel das sein sollen, wenn sie niemand bekannt gibt!). Um den Beweis zu erbringen, daß der Unterricht doch genügt, wurden die Kinder am Ende des Schuljahres an öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in Troppau zur Prüfung geführt und man hörte und staunte: Von 80 zur Prüfung angetretenen Kindern wurden nur drei reprobiert. Doch das genügte den Behörden nicht. Mitten in den Ferien, und zwar in der Zeit um den 20. Juli, also wenigstens drei Wochen nach Schluß, wurden die Eltern abermals vorgerufen und die Kinder wieder geprüft. Von 48 Familien haben 36 Eltern am 23. August eine Zuschrift erhalten, daß der Privatunterricht als nicht genügend verbotenen wird und die Kinder in die öffentliche Schule zu schicken sind, was, da es in Hultschin keine deutsche Schule gibt, gleichbedeutend damit ist, sie in die tschechische Schule zu schicken.

Es wurden sofort Informationen von gut unterrichteten Kreisen eingeholt und erfahren, daß der tschechische Bezirksschulinspektor vollkommen ungeschicklich vorgegangen war und erst dann das Recht gehabt hätte, die der an eine öffentliche Volksschule zu weisen, wenn die Prüfung an einer öffentlichen Schule mit deutscher Unterrichtssprache gezeigt hätte, daß der Unterricht nicht genüge. So heißt es auch in den gesetzlichen Bestimmungen. Gegen dieses Verbot wurde jort der Refus eingebraut und obwohl diesem laut Zuschrift der Bezirksschulbehörde in ungeschicklicher Weise die aufstrebende Wirkung abgesprochen wurde, schickten die Eltern ihre Kinder nicht in die öffentliche Schule. Die Anmeldungen der Kinder an Troppauer und Schönbrunner Schulen wurden abgelehnt und es blieb daher kein anderer Ausweg, als die Kinder wie bisher privat unterrichten zu lassen.

Nun hieß es in dem Verbot des Privatunterrichtes, falls die Eltern ihre Kinder im kommenden Schuljahre nicht in eine öffentliche Schule schicken sollten, würde gegen sie so vorgegangen, als wenn die Kinder überhaupt nicht die Schule besuchten. So geschah es auch. Am 20. und 21. September wurden sie zum Ortschulrat vorgezogen und mit 25 K bestraft. Der Obmann des Ortschulrates erklärte, diese Strafe nach Paragraph 14 des kleinen Schulgesetzes zu verhängen. Daß dies nicht ihm, sondern nur dem vom Ministerium bevollmächtigten Vorsitzenden des Bezirksschulrates zukommt und sich außerdem nur auf Minderheitsschulen bezieht, scheint der Herr ganz genau gewußt zu haben, denn es waren trotz aller Bemühungen keine schriftlichen Strafverurteilungen zu erreichen. Selbstverständlich wurde auch gegen die Bestrafung rekuriert und eine Abordnung von Hultschinern sprach beim Landesschulrat, sowie beim Herrn bevollmächtigten Kommissär für das Hultschiner Landben Schramel vor und verlangte 1. die sofortige Erledigung der Rekurse und 2. endgültige und zufriedenstellende Regelung der Schulfrage in Hultschin. Da wurde nur: Dieser Abordnung die traurige Mitteilung, daß der Herr bevollmächtigte Kommissär von allen diesen Vorfällen nichts weiß. Er weiß nichts von den eingebrachten Rekursen, er weiß auch nichts von einer Eingabe der Hultschiner, in der die Wiedereinführung der Paragraphen 70 und 71 des NBS. für das Hultschiner Landben angesprochen wird, trotzdem das Ministerium seine Zustimmung dazu bereits ausgesprochen hat. Dafür liegt aber beim Schulministerium eine Beschwerde der tschechischen Lehrerschaft gegen die Errichtung einer deutschen Schule in Hultschin.

Nun gibt es hier zwei Möglichkeiten: Entweder wissen die maßgebenden Stellen wirklich nichts von dem ungeschicklichen Tun der Unterbehörden oder, was wir aber nicht hoffen wollen, weiß der Chef dieser Behörden von ihrem Treiben und gibt seine stillschweigende Zustimmung. Beides sind unmögliche und höchst traurige Zustände für einen Rechts- und Kulturstaat und erinnert ganz an Balkanverhältnisse.

Zum Eisenbahnunglück bei Mähr.-Odrau.

Antwort auf die „Berichtigung“ des Herrn Rebit.

Die Vorschrift des Gesetzes hinderte uns, die amtliche Berichtigung der Staatsbahndirektion in Olmütz, die wir am 7. November veröffentlichten, sofort zu widerrufen. Wir bringen darum im Nachfolgenden die Entgegnungen unseres Gewährsmannes auf die mit dem § 19 des Pressgesetzes bewerkstelligten Reimwuschungsversuche:

Herr Zentralinspektor Rebit berichtet mehr, als für ihn gut ist. Wollten wir alle Fälle von Verletzungen deutscher Eisenbahner, die ohne zwingende dienstliche Gründe vorgenommen wurden, aufzählen, müßten wir ganze Nummern unseres Blattes opfern. Wir wollen daher nur ein Beispiel anführen: Im September 1920 erliefen Herr Rebit in der Kanzlei des Stationsvorstandes in Janaschitz und mit ihm der Oberlehrer Kloss von der tschechischen Minderheitsschule in Janaschitz. Es wurden nun fünf Bedienstete und ein Beamter in die Kanzlei berufen, wo ihnen Herr Rebit im Beisein des Lehrers eröffnete, daß sie ihre Kinder in die tschechische Schule zu schicken haben, andernfalls sie die Verletzung gewärtigen müßten. Zwei dieser Bediensteten, die trotz dieser Drohung fest blieben und ihre Kinder weiter in die deutsche Schule schickten, wurden trotz Rekurses von der politischen Behörde zwei Jahre lang bestraft und gequält. Als dies nichts nützte, trat neuerlich Herr Rebit auf den Plan. Sie erhielten beide die Verurteilung, und zwar ein Magazinsschreiber nach Prerau und ein Verschieder nach Hultschin. Bemerkenswert ist, daß gegen keinen der angeführten Leute dienstlich etwas vorlag. Sie beherrschten die Dienstsprache vollkommen, sind gut qualifiziert, weder überflüssig noch auf einem nicht normierten Posten. Der eine fügte sich dem Diktate und überließerte nach Prerau, der Verschieder R. verfuhrte gegen die Verurteilung. Der Rekurs wurde von der Olmützer Direktion selbstverständlich abweisend beschieden. Nun wurde durch die Eisenbahnerorganisation beim Eisenbahnministerium vorgesprochen und dieses verfügte die Weiterbesetzung des P. in Janaschitz. Bevor jedoch die Verfüzung des Eisenbahnministeriums durch die Olmützer Direktion weitergegeben wurde, wurde P. telegraphisch nach Olmütz zur Direktion beordert, wo ihm Herr Rebit mit Aufbietung aller Ueberredungskünste nahelegte, selbst um seine Verurteilung sofort nachzugeben, denn P. werde in

Die Wiedereinführung des Arbeitsbuches geplant!

Die politische Landesverwaltung in Prag hat mit Datum vom 13. Oktober d. J. an die politischen Bezirksverwaltungen in Böhmen, an den Magistrat der Hauptstadt Prag und an die Polizeidirektionen in Prag, Reichenberg, Pilsen, Eger, Karlsbad, Marienbad und Kadno folgendes Rundschreiben mit der Zahl 9/8 — 1589 — dt 1923 . . . 417.968 gerichtet:

Auf Grund des Erlasses des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 2. Oktober l. J., St. 7547/III/0 2—1923 soll in Ihrem Wirkungsbereich untersucht und bis längstens 1. Oktober nächst berichtet werden, wie sich die Aufhebung der Arbeits- und Dienstbücher gemäß des Gesetzes vom 17. Oktober 1919 Stg. Nr. 771, bewährt und ob die Bürgerlegitimationen und das Zeugnis des Arbeitgebers in genügendem Maße den Arbeitsnachweis an Stelle der früheren Buchform verbürgt.

Für den Präsidenten: Dr. Lutsch m. P.)

Die Weisung der politischen Bezirksverwaltung stützt sich auf einen Erlass des Ministeriums für soziale Fürsorge, so daß kein Zweifel besteht, daß auch in Mähren und Schlesien die gleichen Wünsche aberlangt werden. Es handelt sich also um nichts weniger, als daß

die Wiedereinführung des Arbeitsbuches geplant ist. Schon nach dem Wortlaut des Erlasses ist es klar, daß die politischen Bezirksverwaltungen ihren Bescheld für die Wiedereinführung der Arbeitsbücher abgeben werden.

Die Zentralgewerkschaftskommission in Reichenberg hat nach Bekanntwerden des Erlasses sofort an die Kreisgewerkschaftskommissionen die Weisungen gerichtet, von den politischen Bezirksverwaltungen Auskunft darüber zu verlangen, in welcher Weise von diesen die Anfrage der politischen Landesverwaltung beantwortet wurde und gleichzeitig dagegen Protest zu erheben, daß die politischen Bezirksverwaltungen eine solche Neuerung über die Arbeitsbücher abgeben, ohne mit den gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung zu treten.

Außerdem wird die Zentralgewerkschaftskommission auch auf parlamentarischem Wege zu erfahren suchen, was die Regierung bezogen hat, in aller Stille den Versuch dieser Wiedereinführung des Arbeitsbuches, des elenden Strabrisches, gegen den die Arbeiterschaft jahrelang den Kampf geführt hat, zu machen.

Der Kampf gegen die Wiedereinführung der Arbeitsbücher muß sofort im vollen Umfang aufgenommen werden!

denen der Vokalbahnen in einem Tarife vereinigt werden. Die Staatseisenbahnverwaltung beschäftigt sich intensiv mit der Reform gemäß dem Gesetze vom 18. Dezember 1922, um

die Eisenbahnen nach den Grundsätzen der Handelswirtschaft zu stellen.

Dies bedeutet nicht nur eine Änderung des Rechnungssystems, sondern auch der Budget- und Finanzdienst der Eisenbahnen muß gänzlich umgeändert werden. Das Ministerium gedenkt ab 1. Jänner 1925 ein neues Verrechnungssystem einzuführen, das den besonderen Erfordernissen des Eisenbahndienstes entspricht. Schon vom 1. Jänner 1924 wird das System der doppelten Buchführung bei der neuen Eisenbahndirektion Prag-Nord eingeführt werden und die so gemon-

Neuerungen bei Post und Eisenbahn.

Der Eisenbahnminister kündigt weitgehende Reformen im Eisenbahnwesen an. — Der Postminister verspricht den Ausbau der Zeitungsbereitstellung. — Reden der Genossen Fischer und Dvick.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses sprach zum Eisenbahnvoranschlag Minister Stridmayer. Er erklärte, daß es sich dem Ministerium vor allem darum gehandelt habe, den Wagnungsmangel zu beseitigen. Der Minister sprach die Neuregelung der Tarife und erklärte: Im Personenverkehr werden mit Gültigkeit vom 1. Jänner 1924 die Tarife der Staatsbahnen mit

in der Stjepanica ulice erst um 24 Uhr zugestellt. Der Kaufmann berichtet, dass er die Daily Express erfährt, dass dem ehemaligen deutschen Kronprinzen die Erlaubnis erteilt wurde, die Winterzeit mit seiner Familie in St. Moritz zu verbringen. Die Schweizer Behörden sollen gegen dieses Projekt keine Einwendung erhoben haben.

Paris, 8. November. (Die um 22 Uhr 20 Minuten beim Telegraphenamt in der Rindistraße eingelangte Depesche wurde dem Telegraphenamt erst um 24 Uhr zugestellt.) Gegenüber der Meldung der Agence Havas, daß bisher keine Vereinbarung zwischen Paris und Washington bezüglich des Reparationsprogramms der Sachverständigenkommission zustande gekommen ist, meldet Reuters aus Washington: Trotz aller Reserve der amtlichen Kreise über die gestrige Besprechung Justerands mit Hughes ist gestern in diplomatischen Kreisen die Hoffnung auf eine Ausgleichung des französischen und des amerikanischen Standpunktes geäußert worden.

Von der Rindistraße ulice (Heinrichstraße) in Prag II. sind es bis zur Stjepanica ulice (Stephanstraße) gleichfalls in Prag II., höchstens fünf Minuten zu Fuß. Wenn also das tschechoslowakische Telegraphenamt auf die Zustellung von Depeschen — in der Hauptstadt Prag! — volle eineinhalb (!) Stunden warten muß, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie lange ein gewöhnlicher Bürger dieses Staates sich gedulden muß, bis ihm ein Telegramm zugestellt wird. Er muß eigentlich hocherfreut sein, wenn es ihm überhaupt zugestellt wird. Und solche Zustände nennt man bei uns „Krisen- und Verbesserung des Postwesens“!

Bürokratismus und Rücksichtslosigkeit. Die Steueradministration in Sternberg veranlaßt im Oktober an die Arbeiter der Firma Jozna, Weiß Sohn, Zigarettenpapierfabrik in Hluzov-Langendorf, Zahlungsaufträge für die Jahre 1921 und 1922. Das wäre noch verzeihlich, wenn die Arbeiter seit Monaten arbeitslos sind, muß in den höheren oder niederen Finanzorganen nicht gerade bekannt sein, Arbeitslose Arbeiter, die sich mit ihren Familien mühsam durchs Leben schlagen müssen und von der launigen Unterweisung eines Besuchs die dringendsten Lebensbedürfnisse befriedigen können, können aber unmisslich eine Steuer von 300 bis 700 Kronen aufbringen. Dabei wurde ein Gesuch um Stundung der Steuer von aller berechtigten Arbeitern unterschrieben, vom Gemeindevorstand bestätigt und an die Steuerverwaltung eingeschickt. In diesem Gesuche wurde ausführlich dargelegt, daß die arbeitslosen Arbeiter außerstande sind, die vorgeschriebenen Steuerbeträge zu zahlen. Die Arbeiter glaubten damit die Angelegenheit erledigt. Anders aber dachte der Fiskus. Er antwortete auf die Eingabe, daß Gesuche um Stundung der Einkommensteuer von den einzelnen Steuerpflichtigen unter Aufsicht der „individuellen Gründe“, versehen mit einem Zweikronenstempel (!) eingebracht werden müssen. Der Bürokratismus geht doch über alles. Denn es muß wohl als bekannt vorausgesetzt werden, daß die Zahlungsunfähigkeit von arbeitslosen „Steuerpflichtigen“ eben in ihrer Arbeitslosigkeit begründet ist und daher keiner besonderen „individuellen Begründung“ mehr bedarf. Aber der springende Punkt ist in diesem Falle wohl weniger die „individuelle Begründung“, als der Widerstandstempel von so und so vielen Arbeitslosen, was zusammen dem Staatsfiskus doch ein paar Kronen einbringt. Wir müssen diese Art der Amtsführung als skandalös bezeichnen. Etwas mehr Vernunft und Einsicht wäre denn doch am Platze und würde das Verhältnis zwischen den Steuerzahlern und den Behörden erträglicher gestalten als der bisherige überspannte Bürokratismus und die grenzenlose Rücksichtslosigkeit gegen die Ärmsten der Armen.

Hilfe der französischen Frauen für die besetzten Gebiete Deutschlands. Die Frauen der französischen Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit wenden sich in einem offenen Briefe an alle deutschen Kameradinnen. Sie bringen die tiefe Klage zum Ausdruck, die alle Beteiligten ergriffen hat, als die deutschen Frauen den französischen Teilnehmerinnen an der internationalen Sommerschule in Podiebrad ihre Bereitwilligkeit zu einem Veröhnungsoffer, zur Errichtung eines „Dauers der Veröhnung“ im ehemaligen Kriegsgebiete mitteilten. Schon damals hätte dieses Opfer mit den schwersten Entbehrungen seitens der deutschen Frauen erkaufte werden müssen, seither aber hat sich die Lage in Deutschland in unerhörtem Maße verschlechtert und die französischen Frauen fragen sich: „Dürfen wir unter diesen Umständen wirklich durch irgend eine Tat zu der Auslösung beitragen, deren Beute ihr geworden seid, zu dieser Auslösung durch den Kapitalismus zweier Länder, in dieser Gewaltpolitik, der wir immer die Gefolgschaft aufgesagt haben?“ — Aber ehe die französische Sektion dieses Opfer ablehnen konnte, haben die deutschen Frauen schon begonnen, ihr Übersein beizutragen zu „Diesem Symbol der Veröhnung, die außerhalb der Zutragen der Regierungen direkt von Volk zu Volk geschlossen werden wird.“ „Aber“, so fährt der Brief fort, „dieses Opfer wird nur ein gerechtes, wenn auch wie unsererseits durch eine Gabe der Freundschaft zum Ausdruck bringen, daß wir unsere Proteste gegen die Politik der französischen Regierungen erneuern, unser

Mitleid aussprechen für die Leiden, die geboren wurden aus dem ungerechten Einbruch in das Ruhrgebiet und aus dem Jhynismus der besitzenden Klassen beider Länder, unseren heißen Wunsch, im Ausmaße unserer schwachen Kräfte das Böse wieder gut zu machen; wenn wir durch ein paralleles Vorgehen mit den deutschen Frauen beweisen, daß wir zu den Arbeitern stehen, die leiden, und uns gegen alle militärischen Aktionen wenden, gegen alle Mächte des Geldes und der verbrecherischen Profitgier, gegen alle Ungerechtigkeiten der Gewalt.“ Sie sprechen darauf die Absicht aus, im Ausmaße ihrer Kräfte einer Zahl von Schulkinder in den besetzten Gebieten in jeder Weise ihre Hilfe angedeihen zu lassen, und schließen mit den Worten: „Hoffen wir, daß sie in ihren Herzen die Erinnerung an unsere bescheidenen Bemühungen bewahren werden, ebenso wie das Dorf, in dem Euer Haus der Veröhnung stehen wird, Eure edle Tat nie vergessen wird. Mögen diese Zeugen unserer friedensmenschlichen unserer Friedenswerke zum Siege verhelfen!“

Verhaftung eines betrügerischen Pfaffen. Die Wiener Polizei verhaftete dieser Tage den katholischen Geistlichen und Bürgerkatecheten Emanuel Margold, dem verschiedene Sammlungsschmwindereien und Diebstähle zur Last gelegt werden. Er verbreitete namentlich in der Tschechoslowakei massenhaft Aufrufe, in denen er zu wohlhabenden Bürgern für ein in Rot geratenes tschechisches Kriegswaisenhaus in Wien aufforderte. Es wurde festgestellt, daß er während der letzten drei Jahre viele Millionen Kronen an Spenden aus der Tschechoslowakei erhalten hat.

Internationale der Lehrer und Sozialistische Erziehungsinstitutionen. Am 27. und 28. Oktober fand in Osnabrück eine Sitzung der von der Arbeiterbildungs-Konferenz im Haag eingesetzten Kommission statt. Diese Kommission hatte den Auftrag erhalten, die Vorbereitungen zur Errichtung einer Internationalen der Lehrer zu treffen. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig beschlossen, eine Internationale der Lehrer und eine sozialistische Erziehungsinstitution internationale ins Leben zu rufen. Zur Begründung der Internationalen der Lehrer wird das Komitee zum 16. und 17. April 1924 in der Konferenz der Landesorganisationen der Lehrer nach Leipzig einberufen. Die Konferenz zur Schaffung einer Sozialistischen Erziehungsinstitution soll am 5. und 6. Januar 1924 in Hannover stattfinden. Die Einberufung dieser Konferenz wünscht das Komitee dem Internationalen Gewerkschaftsbund, der Sozialistischen Arbeiterinternationalen und der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Erziehungsinstitutionen zu übertragen. Anfragen sind an den Internationalen Gewerkschaftsbund, Amsterdam, Postfach 10, zu richten.

Eine amerikanische Flugzeugstille unternimmt eine Reise um die Welt. Reuters berichtet aus New York (im Staate New York): Der Leiter des amerikanischen Flugdienstes, General Patrick, sagte in einer Rede: Das Kriegsgesamt beschließt eine Flugzeugstille auf die Reise um die Welt zu schicken. Die neuesten Flugzeuge seien imstande, ohne Unterbrechung 2000 Meilen zu fliegen. Sie würden von der amerikanischen Ostküste nach der Westküste fliegen, um sich von hier aus über Alaska und von Insel zu Insel nach Indien zu begeben, um dann die Rückreise über Persien, Zentralindien und Grönland zu vollziehen.

Pressverbote im reaktionären Bayern. Die demokratische „Münchener Morgenpost“ und die vom selben Verlag herausgegebene „Münchener Sonntagspost“ sind vom Generalstaatskommissar auf drei Wochen, das „Volksblatt für Coburg und Lichtenfels“ und die „Volkswocht“ in Freilassing auf je 14 Tage verboten worden.

Waffengebrauch gegen flüchtende Autowildlinge. Aus Wien wird gemeldet: Es haben sich die Fälle wiederholt, daß Lenker von Kraftwagen nach einem verunglückten Unfall durch Abweichen des Verkehrs und Davonschleichen sich der Feststellung zu entziehen suchten und überdies gegen die ihnen gegenüber tretenden Sicherheitsorgane in unermindelter Schnelligkeit losbrachen, um diese zur Freigabe der Bahn zu zwingen. Die Wiener Polizeidirektion hat daher die Sicherheitsorgane ermächtigt, in diesem Falle von dem Waffengebrauch zu machen.

Die „Jaudumme Leiche“. In einer Nachbargemeinde Jansbuck wurde eine Frau zu Grabe getragen. Etwas betete der Vorbeter vor, aber niemand betete nach. Schließlich rief der Vorbeter nach den Worten: „Das ewige Licht leuchte ihr!“: „Ja, da betet ja niemand nach, nur ich!“ So eine „Jaudumme Leiche“ hat' i mei Lebtage nit mitgemacht! Womit der eifrige Vorbeter trotz des ernststen Anlasses in der Umgebung teils einen schwer unterdrückten Heiterkeitserfolg anstrebte, andernteils berechtigtes Mergernis erregte.

Ein neuer Handelshafen in Prag. Wie die „Pr. Presse“ erfährt, soll an Stelle des gegenwärtigen Hafens für Präge auf der sogenannten Kaiserwiese in Prag ein großer, moderner Handelshafen errichtet werden. Der jetzige Flußhafen wird verlegt und für seine künftigen Zwecke als Dampfschiffhafen durch weitere Inanspruchnahme der Wiese erweitert werden.

Für die Erhebung der Hotelzimmerpreise! Heute findet im Versorgungsministerium eine Enquete der ständigen Verbraucher statt. Gegenstand der Beratungen wird eine Ermäßigung der Hotelzimmerpreise sein, die nach dem vorliegenden Antrag 15 Prozent betragen soll. Als Grund für diese Herabsetzung wird in Verbrauchertreuen die Verbilligung einzelner Bedarfsartikel, namentlich der Kohle, angenommen.

Kind als Straßenräuber. Zwei der Schule kaum entwachsene Knaben überfielen, wie das „Bravo Lidu“ meldet, dieser Tage bei Cmelich den Landwirt Johann Hanzl aus Radolitz, einen alten Mann von 68 Jahren, der 300 K bei sich trug. Die Knaben verlangten die Herausgabe des Geldes, widrigenfalls sie dem Überfallenen mit dem Erschießen drohten. Während die jugendlichen Räuber mit ihrem Opfer rangen, näherte sich ein Mann auf einem Fahrrad; als sie seiner ansichtig wurden, ergriffen die Suben die Flucht. Sie wurden aber eingeholt, verhaftet und der eine als der 16jährige Krämerjohn Johann Holzäpfel, der andere als dessen 13jähriger Bruder, Gottlieb, erkannt.

Wolfsjagd in den Karpaten. Für die Bewohner der armen Gebirgsgegenden der Karpaten sind die Wölfe eine furchtbare Plage geworden. In der Gemeinde Liditz wütete dieser Tage wieder ein Wolf, der offenbar wutkrank war und fünf Personen bis, von denen zwei starben. Man konnte der gefährlichen Bestie bisher nicht habhaft werden. Es streiben sich aber noch viele andere Wölfe in der Gegend umher.

Wetterübersicht vom 9. November. Die Zone starker Niederschläge verschiebt sich gegen Osten. Die größte Menge hatte Troppau, nämlich 27 Millimeter. Am Donnerstag fiel stellenweise der erste Schnee. (Donnersberg meldet eine fünf Zentimeter tiefe Schneedecke.) Das Frostwetter im Westen dauert an. Strahburg meldet heute früh sechs Grad unter Null. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Westen: Veränderlich, etwas besser, jedoch kühl. Osten: Fortdauer der herrschenden Witterung.

Gerichtssaal.

Kindesmord.

Freispruch der Angeklagten.

Prag, 9. November. Die Angeklagte weint während der ganzen Verhandlung. Keine schluchzt sie vor sich hin, das tränendurchnässte Taschentuch gegen das durch die Unternehmungslust bleich gewordene Gesicht gepreßt. So schluchzt sie leise ihrem Kinde nach, an dem sie selbst zur Mörderin geworden ist. Das Auditorium ist, wie bei solchen Fällen immer, dicht gefüllt, auch draußen am Gange vor dem Schwurgerichtssaal staut sich die Menge. „Das wird ein Freispruch werden!“ meint der erfahrene Gerichtsdiener. „So ein armes Ding, hat ihr Kind umgebracht und weint nicht einmal wie. Und mühte heute alles darum geben, wenn sie es wieder hätte.“ Beifällig nicken die anderen Anwesenden, denen es drinnen im Saale vor aufdrängendem Volk so warm geworden ist und die nun draußen das Kapitel „Kindesmord“ durcheinanderputzen, während der Verteidiger der Angeklagten um das Urteil der Geschworenen ringt.

„Hoher Gerichtshof!“ Die Stimme des Verteidigers hämmert in die Herzen der Geschworenen. „Urteilen Sie bei der Angeklagten nicht nach dem harten Vorkaaf der Paragrafen, urteilen Sie nach dem menschlichen Verstand, das in diesem Falle nicht allein die Anklageschrift als Grundlage nehmen darf für eine Entscheidung, für den Freispruch. Das 23jährige Weib, das von Ihnen gerichtet werden soll, hat Schmerzen begangen. Es hat die Frucht seines Lebens gemordet. So lautet die Anklage, die der Staatsanwalt gegen Elisabeth R. erhebt. Nun will ich versuchen, Ihnen die Tat so zu schildern, wie sie sich nach der Aussage der einzigen Zeugin, der Angeklagten selbst, zugetragen hat. Elisabeth R. trat Ende Juli als Dienstmädchen bei einem Künstler in Dolna-Mischlow ein. Gleich bei ihrem Eintritt beklagte sie sich über Leibschmerzen, die sie sich nicht zu erklären wußte. Ihre Brotherrin meinte, es wäre ein verdorbener Meizen durch Gemisch von unreifem Obst — die Sache war vorderhand erledigt. Doch die Schmerzen kamen wieder, in verstärktem Maße. Und die Angeklagte ging schließlich zum Arzt. Der konstatierte, daß sie schwanger sei. Elisabeth R. war dieser Tatsache froh. Liebt sie doch den Mann, den sie in Prag im Heber kennengelernt hatte. Er hatte ihr auch gesagt, daß er sie im Herbst heiraten werde als sein Weib. Deshalb wollte die Angeklagte die Frucht in ihrem Leibe wohl hüten, deshalb ging sie auch in die Prager Gebirgsstadt, um eine Ausnahme zu erwirken. Dort sagte man ihr nur — es war in der zweiten Hälfte des August — daß die Geburt erst in zwei Monaten zu erwarten sei. Sie möge noch ruhig nach Hause gehen, Gefahr sei keine vorhanden.“

Am Abend des 30. August war die Angeklagte ganz verzweifelt. Die Unterleibschmerzen waren wiedergekommen, unerträglich dem je. Costers in der Nacht mühte die Angeklagte auf das hinter dem Hause befindliche Klosett gehen — eine Erleichterung wollte sich nicht einstellen. Kurz nach Mitternacht wachte sie, fiebernd und ganz zermürbt vom Schmerz, wieder hinaus. Einige Schritte vor dem Klosett stürzte sie zusammen. In ihrer nervösen Angst griff sie mit beiden Händen nach dem schmerzdurchwühlten Unterleib, fühlte, daß das Kind herausdrängte, ergriff mit den Händen den bereits freien Kopf, zerrte und riß das Lebewesen, das ihr so wahnsinnige Wehen bereitet, heraus. Und schlenderte den Körper des Neugeborenen — ihrer Sinne nicht mehr mächtig — von sich weg. Im Fiebernebel, der sich um ihre Augen legte, will sie noch gesehen haben, wie das Kind auf einen Stein auffiel, sie will noch gehört haben, daß es leise aufwimmerte. Als sie aus ihrer Besinnungslosigkeit erwachte, befahl sie ein Schreien und eine Angst. Sie packte das Kind, wickelte es in ihren Rock und steckte es unter ein Strohbündel. Die Anklage am Boden verwarf sie sie noch — dann weilt sie nicht mehr von sich. — Sie wissen, verehrte Geschworene, daß man die Blutkiste fand, daß man die Angeklagte mit Fragen

bestimmte und daß sie dann alles erzählte. Der gerichtliche Befund hat ergeben, daß das Kind tatsächlich um zwei Monate zu früh zur Welt gekommen ist. Die Angeklagte ist von der Geburt überrascht worden, die Geburtswunden, die sie unvorhergesehen überfielen, haben ihr jede klare Überlegung geraubt.

Das ist in kurzen Zügen, verehrte Geschworene, die Geschichte der Tat, derenwegen heute Elisabeth R. als Kindesmörderin vor Ihnen steht. Sie aber können dieses Weib nicht richten als Mörderin, denn sie, die das lebende Leben in ihrem Schoße genüßt und gepflegt hat und die sich dem Tode entgegensehnte, an dem sie dem Vater den neuen Erdenbürger in die Arme legen konnte, hat nicht bewußt getötet. Sie wurde zur Verbrecherin durch die Mißgunst ihres Schicksals.“

Die Geschworenen berieten lange. Und vereinigten einstimmig die Schuldfrage auf Kindesmord. Auch die Verurteilung auf sträfliche Unterlassungen bei der Geburt verneinten sie mit acht zu vier Stimmen.

Die Angeklagte war freigeprochen. Sie wollte den Geschworenen danken, sie konnte nur einige Worte herausbringen. Dann durchstürzte sie ein befeindeter Weintramp, der Gerichtsdiener führte sie hinaus zu ihrem Vater, der sie seit Stunden auf dem Gerichtsgange erwartete.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Die Nacharbeit der Bäcker.

Zu jener Kategorie von Arbeitern, die schon in der Vorkriegszeit ein kümmerliches Dasein fristeten und unter schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen vegetierten mußten, gehörten mit die Bäcker.

Als Angehörige eines Berufes, wo es fast nur Kleinhandwerkermäßige Betriebe gibt, war es fast in der Regel so, daß keine geordnete Arbeitsweise zu verzeichnen war und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in höchster Blüte stand. Nicht genug damit, daß der Bäckergebilde 12, 14 bis 18 Stunden im Tage schuftete (bei gewissen Festzeiten oft noch mehr), so mußte er die meiste Arbeit bei der Nacht verrichten. Für diese lange Arbeitszeit bekam er einen Lohn, der „zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“ war.

Durch die ständige Arbeit bei der Nacht jahraus, jahrein, wurde auch der gesunde natürliche Zustand des Bäckerarbeiters stark in Mitleidenhaft gezogen, und daß bei solcher Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft nicht immer bei der Erzeugung der Ware, und besonders beim Brot, was die ganze Bevölkerung genießt, jene Sorgfalt in hygienischer einwandfreier Weise möglich war, dürfte einleuchtend sein.

Nach dem Umsturz im Jahre 1918 wurde auch in der Tschechoslowakei in dem Gesetz über den Achtstundentag vom 10. Dezember 1918 eine Bestimmung über die Nacharbeit in Bäckergewerbe aufgenommen, wonach von zehn Uhr abends bis fünf Uhr früh die Arbeit verboten ist.

Unter der Einwirkung der allgemeinen Reaktion jedoch, wurde versucht, das Gesetz zu umgehen. Die Bäckerarbeiter richteten daher überall einen Kontrollapparat ein, um die Liebertreuer bei ihrem Treiben in der Nacht auf frischer Tat zu ertappen und als da diese Kontrollen, bei welchen ein Teil der Bäckergehilfen oft tagelang sich dieser Aufgabe unterzog, da wurde Material zutage gefördert, welches den Behörden überliefert wurde, um ein Einschreiten derselben gegen solche Zustände herbeizuführen. Bestrafungen erfolgten, wenn auch in sehr milder Form, denn die Strafbestimmungen sahen vor, daß Geldstrafen bis zu 200 Kronen verhängt werden können, während Strafverfügungen von einzelnen Behörden von 20 Kronen bis 50 Kronen keine Seltenheit waren und in vielen Bezirken mühte mehrmals urgieren werden, bevor man sich entschloß, die Anzeige überhaupt zu erledigen.

Gegen erfolgte Bestrafungen der schlimmsten Liebertreuer wurde vonseite der Meister und ihrer Hintermänner alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Sache abzuschwächen, wie auch vonseite der Bäckergenossenschaften aus den benachbarten Gebieten die Regierung bezw. das Ministerium für soziale Fürsorge angegangen wurde, eine Änderung der gesetzlichen Bestimmung über die Nacharbeit herbeizuführen und zwar, daß statt fünf Uhr früh womöglich um zwei oder drei Uhr mit der Arbeit begonnen werden kann.

Durch eine solche Herabsetzung würde es nicht lange dauern und der frühere Zustand der Nacharbeit wäre wieder hergestellt. Die organisierte Bäckerarbeiterschaft deutscher und tschechischerseits steht auf dem Standpunkt, daß der jetzige Zustand beizubehalten sei und es sollen nur die Behörden überall angewiesen werden, mit dem größten Nachdruck die Durchführung des Gesetzes herbeizuführen.

Wenn die Bevölkerung als Konsument sich angewöhnen würde, das frische Gebäck in der Früh erst nach sieben Uhr zu verlangen, dann wäre es nicht notwendig, daß in der Nacht schon mit der Arbeit begonnen und so das Gesetz illusorisch gemacht wird. Was die Herrschaften veranlaßt, gegen eine kulturelle Wohltat für eine Arbeiterkategorie Sturm zu laufen ist Egoismus und Profitgier.

Der Zentralverband der Lebensmittelarbeiter mit dem Sitz in Bodenbach a. E., dem ein großer Teil der Bäckerarbeiter als Mitglieder angehört, wird in nächster Zeit Veranlassung nehmen, die Bevölkerung und besonders die Arbeiterkategorie eingehend über diese wichtigen Fragen zu informieren und auch deren Hilfe als Konsumenten für die Bäckerarbeiterschaft zu erbitten.

Sonderbarer Preisabbau! Wie es mit dem Preisabbau in Wirklichkeit aussieht, beleuchtet grell eine Tabelle, in der ein Vergleich gezogen wird zwischen den Preisen in Teichsen-Bodenbach Anfang November vorigen Jahres und den jetzigen Marktpreisen, die wir unserem Bruderblatt, dem „Nordböhmischen Volksboten“ entnehmen. Es kosteten in tschechoslowakischen Kronen per Kilogramm:

	1922:	1923:	Steigerung:
Rindfleisch	12-14	16-18	30,8 %
Schweinefleisch	20-22	22-24	9,5 "
Zehnpfennfleisch	12-14	16-18	30,8 "
Zehnpfennfleisch	22-26	22-28	4 "
Amerik. Speck	16-17	18	9 "
Butter	30-34	32-36	6,25 "
Kartoffeln	0,40	0,60-0,70	62,5 "
Kraut, weiß	0,80	1,50	87,5 "
Kraut, rot	1,-	1,50-1,80	65 "
Kepfel	0,80-1,20	2,00-2,20	110 "
Birnen	1,-	2,00-3,00	250 "

Mit Recht bemerkt das zitierte Blatt dazu, daß dies nur einige Proben sind, die sich gewiß noch fortsetzen ließen. Dazu kommt noch die im August eingetretene Mehlsteigerung, wodurch die Lebenshaltung der Arbeiter fühlbar gestiegt wird.

Der erste Schritt zur rheinischen Währung. Der rheinische Provinzialparlament beschloß die Bildung einer rheinischen Goldnotenbank mit 100 Millionen Goldmark Kapital, wovon ein Viertel eingezahlt werden soll. Wirtschaft und Banken des besetzten Gebietes sind die Träger des Unternehmens. Das Ausland kann sich bis zu 45 Prozent beteiligen. Der Geschäftskreis der Bank soll auf das Rheinland beschränkt werden.

Die französische Handelsbilanz. Nach einer offiziellen Handelsstatistik für die ersten neun Monate des laufenden Jahres betrug die französische Ausfuhr in diesem Zeitraum 20.400.000.000 Franks gegen 14.841.860.000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Einfuhr betrug 18.787.115.000 gegen 13.187.875.000 Franks des Vorjahres. Die Einfuhr aus Deutschland ist von 954.828.000 Franks gegen den gleichen Zeitraum des Jahres 1922 auf 639.928.000 Franks in diesem Jahre gestiegen. Desgleichen ist die Ausfuhr nach Deutschland von 1.494.964.000 Franks auf 752.953.000 zurückgegangen.

Der internationale Kongress der Föderation der Arbeiter in öffentlichen Diensten und Berufen, dessen Abhaltung ursprünglich für Mitte August im Haag geplant war, später jedoch hinausgestellt wurde, soll nunmehr im Dezember 1923 in Brüssel stattfinden.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Südt.	100.000	16.46 25
Berlin	100.000	13.400.000 000 70
Wien	100.000	2080 00

Prager Kurze am 9. November.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1345,07	1352,07
1 Million Mar.	11,90	12,10
100 belg. Franks	171,25	172,75
107 schweiz. Frank	616,75	622,25
1 Pfund Sterling	153,0700	158,0700
100 Lire	154,7500	158,2500
1 Dollar	4,5000	34,9000
100 franz. Franks	198,7500	20,2500
100 Dinar	40,9500	41,1500
10.000 mag. a. Kronen	17,7500	19,7500
10.000 poln. Mark	21,25	22,75
10.000 öherr. Kronen	4,6100	5,1300

Kunst und Wissen.

Sonderausstellung Rudolf Kobiela.

Vielleicht ist dieser jung verstorbene Maler am Beginn seiner Künstlerjahre gewesener als er nach Italien zog. Was von ihm übrigblieb, kann nur als ein Produkt seiner letzten Jahre betrachtet werden. Hier gilt es, das Typische herauszufinden. Das wird dadurch ersichtlicher, daß es noch aufseht von dem der gegenwärtigen Malerkunst. Allgemein überwuchert ist. Denn auch in seinen Bildern, wie in den meisten der Expressionisten, offenbart sich eine primäre Kühnheit der Form und Farbe, deren Ursprung zumindest nicht kontrolliert werden kann. Sein Selbstbildnis gibt den besten Beweis dafür. Und gerade die Bilder, zu denen ihn doch sicher ein Erlebnis hingetrieben hat, leiden unter dieser Schablone: Der Trunkenbold z. B. Anstatt dieses Thema ins Grandiose zu gestalten, ist hier allzu bewußt fündlich die in die Armleuchtertube schwanfende Gestalt gezeichnet worden. Abnung von der Totalität des Leibes liegt allerdings in der weißen Farbe, in der die Kinder und das Angeficht der Mutter aufgehen. Ebenfalls ist von dem Bild

„Eben“ zu sagen, das einen stolzen Fabrikmännern eingepreßten, verweist hockenden Arbeiter zeigt. Uebermenschliches in den leidenden Augen ist mit beschränkter Unbeholfenheit in der Zeichnung der Häuser gemischt. Es ist anzunehmen, daß sich Kobiela von diesem aus der Zeit erworbenen freigemacht hätte. Denn das bezeugen die Bilder, in denen sein Typisches sich durchringt. Es sind alle diejenigen, welche Mystisches in sich tragen. Er sieht die Berge in ein magisches, beinahe vergessenes Blau getaucht, ein Nachtwandler, blaß und lang, wundert in einem unfaßbaren Grün über eine endlos scheinende Ebene, untergehende Sonnen entfröhen brennenden Abendhimmeln. In der Landschaft scheint diesem Künstler die Idee der Natur entgegengetreten zu sein, unwirklich in Ewiges sich auflösend, vielleicht als Ahnung seines eigenen Schicksals.

„Die Fledermans.“ (Wohltätigkeitsvorstellung des österreichischen Hilfsvereines.) Nur ihrer unverwundlichen Köstlichen Muff dankt es die im nächsten Jahre ihr 50tes Geburtsfest feiernde Meisteroprette „Fledermans“ von Johann Strauß, daß sie trotz ihrer mißlungenen opernmäßigen Aufführung festnagig wirkte. Die ganze Aufführung der von Operndirektor Alex. Zemlinsky geleiteten Operette stand im Zeichen des Pathos; ihr fehlte der richtige Schwung und das sprühende Leben. Voll ihrer Aufgabe gewachsen zeigte sich nur Frau Siklosy als entzückend lebendige „Adele“, die sich vom opernhafsten Pathos des Abends doppelt wirkungsvoll abhob. Eine große Enttäuschung bereitete die Dresdener Kammerlängerin Frä. Vließ Schuh, als „Kosalinde“, deren Darstellung Wärme und Lebendigkeit fehlte, wie ihrer Stimme Wohlklang und Modulationsfähigkeit. Auch Frau Wolf-Ortner in der Rolle des Prinzen Orlofsky war nicht ganz am Platze. Vom Gesangslehrer „Alfred“ unseres Debutanten Strauß ist zu berichten, daß er im Gegensatz zu dem Wiener Operettentenor P. J. (Eisenstein) schon sang, während dieser wieder Herrn Strad als Ränder des Humors weit überlegen war. Eine in der Unausdrücklichkeit ihres Witzes prächtige Figur stellte Herr Romanovsky als Gerichtsdienstler „Frosch“ auf die Bühne. Die eigentliche Sensation des Theaterabends war die Wiedergabe der großen „Figaro“-Arie durch den Wiener Kammerlänger Hans Duhan in dem Einlogkonzerte des zweiten Aktes; Duhan's virtuose Gesangstechnik und sabelhafte Jungensfertigkeit feierten mit Recht Triumphe.

„Gastspiel Michael Bohnen.“ Heute abends 7 Uhr eröffnet Michael Bohnen als Repertoiretheater in Gounods „Margarithe“ ein neuerliches Gastspiel. Montag, den 12. „Meistersinger“ mit Bohnen als Hans Sachs. Mittwoch, „Mona Lisa“ mit Barbara Kemp in der Titelrolle, Bohnen als Francesco, Alexander Kirchner als Salvotti. Am Dirigenten pult: der Komponist Max von Schüllings.

Urania.

Modernes Bildungsinstitut „Urania“: Die nächsten Kurse. I. „Einführung in die englische Literaturgeschichte“ Fr. Prof. Pollak-Dietrich. Beginn: Montag, den 12. d. 6 Uhr. Vier Stunden. Kurskarten 10 K. II. „Die deutsche Frau als Dichterin in alter und neuer Zeit.“ Frau Prof. Seewald. Beginn: Dienstag, den 20. d. 6 Uhr. Vier Stunden. 10 K. III. „Wanderführertour.“ Leitung: Waldemar Wimmerstky. Beginn: Mittwoch, den 14. d. 6 Uhr. Vier Stunden. 10 Kronen. IV. „Bilder aus der Vergangenheit unserer Erde“ (mit Lichtbildern). Univ.-Doz. Dr. Liebua. Beginn: Donnerstag, den 15. d. 6 Uhr. Vier Stunden. 10 K. V. „Einführung in die Astronomie“ (mit Lichtbildern). Univ.-Prof. Feja. Beginn: Freitag, den 16. d. 6 Uhr. Vier Stunden. 10 K. VI. „Kunstgewerbliche Handarbeiten für den Weihnachtstisch.“ Ledu Fleischer. Beginn: Samstag, d. 17., halb 6 Uhr. Fünf Doppelstunden. 25 K. VII. „Deutsche Sprit von Aepfeln bis Weizen.“ Dr. Josef Rörner. Beginn: Sonntag, d. 18., 11 Uhr vorm. 10 Stunden. 30 K. Karten zu allen Veranstaltungen: Urania-Kassa 9-1 und 3-7 Uhr. Emecky 22.

Wochenprogramm:

Heute, 6 Uhr: „Handfertigkeitstour.“ Prof. Bruska. Ort: Nikolanderrealschule. Heute, 8 Uhr: „Ausgewählte Kapitel aus dem kaufmännischen Rechnen.“ Prof. Flussler. Heute, 8 Uhr: „Hinter den Kulissen des Völkerbundes.“ Arnold Höllriegel. Karten 8-4, Mitglieder 8-3 K. Sonntag, 4 Uhr: „Ägypten“ mit 150 farbigen Lichtbildern. Erwin v. Paska-Wien. Karten 5,

Heimverdienst inserieren Sie im „Sozialdemokrat“ für jedermann ohne besond. Kenntnisse nach seiner Tagesarbeit. Schreiben noch heute an Fabrik J. Broz, Kardak, Relece.

Mitglieder 4 K. Sonntag, 7 Uhr: Schillerfest „des Deutschen Dilettantenvereines“. 1. Akt „Rabale und Liebe“; 2. Akt „Maria Stuart“ und „Die Huldigung der Künste“. (Zugunsten der Wohlfahrtsvereine der „Urania“) Karten für Mitglieder zu ermäßigten Preisen. Montag, 8 Uhr: „Das unbekannte Afrika“ mit Licht. Geheimrat Frodenius. Karten 10 bis 4, Mitglieder 8-3 K. Dienstag, 8 Uhr: „Im Rätselreich der Menschenseele“ mit Licht. Erich Egernin-Dirtenau. Karten 10-4, Mitgl. 8-3 K. Donnerstag, 8 Uhr: „Die Umwelt Marias in einem Oratorium.“ Dr. Gerhard v. Reußler. Karten 10-4, Mitgl. 8-3 K. Freitag, 8 Uhr: II. Konzert. „Das Deutsche Lied.“ Franz Steiner. Am Klavier: Franz Ritter. Karten für unsere Mitgl. zu ermäßigten Preisen von 13.50-4 K.

Der Film.

Urania-Kino. „Hänsel und Gretel.“ Märchenfilm für unsere Kleinen. Dann: „Der Mäler bei der Feuerwehre.“ 1. Rindermärchenachmitt. Heute 3 Uhr. Kinder: 3 K, Erwachsene 4 K, Logenplätze 4 und 6 K. — Der Penny Porten-Film „Monika Vogelfang“ hatte bei der freitägigen Erstaufführung im Urania-Kino einen durchschlagenden Erfolg. Heute zwei Vorstellungen: halb 6 und 8 Uhr. Karten 3 bis 12 K. Urania-Kasse und Wepler. Nächste Aufführungstermine: Sonntag 3, halb 6 und 8 Uhr. Montag halb 6 Uhr. 1914

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Saaz. Die am letzten Sonntag stattgefundene Bezirkskonferenz war von 39 Delegierten besucht. Das Ergebnis der Gemeindevahlen im Saager Bezirk hat, wie aus den Berichten hervorgeht, gezeigt, daß sich die Parteibewegung wieder im Aufstieg befindet. Im Bezirke wurde im letzten Berichtsjahre vieles auf dem Gebiete der Bildungsarbeit geleistet. Außer verschiedenen Einzelveranstaltungen wurden im Bezirke eine Reihe von Vertrauensmännerkursen, eine Frauenschule und ein Bibliothekarkurs abgehalten. Das Wählerwesen wurde ausgebaut und siebenhundert neue Wähler wurden angefaßt. Außer der Zentralbibliothek in Saaz sind im Bezirke fünf Wanderbibliotheken errichtet worden. Ingesamt wurden im Berichtsjahre 6741 Kronen für Bildungszwecke ausgegeben. Ueber „Unsere nächsten Aufgaben“ referierte Johann Genosse Rüdli, der an die Anwesenden den Appell richtete, besonders für eine bessere Verbreitung der sozialistischen Presse zu sorgen. Als Delegierten zum Verbandstage wurden die Genossen Cerny und Jsgal und die Genossin Stallich gewählt. Nach der Neuwahl der Bezirksleitung wurde hierauf die Konferenz geschlossen.

Bezirkskonferenz Komotau. Am letzten Sonntag fand in den städtischen Parkalen in Komotau die ordentliche Bezirkskonferenz statt. Aus den Berichten ist ersichtlich, daß unsere Partei im Bezirke Komotau aus den letzten Gemeindevahlen als stärkste politische Gruppe des Bezirkes hervorgegangen ist. Aus den Berichten des Bildungsausschusses war zu ersehen, daß im Bezirke noch viel Arbeit in dieser Hinsicht zu leisten sein wird. Die sozialistische Jugendbewegung hat im Bezirke wieder festen Fuß fassen können und ist im ständigen Aufstiege begriffen. Es sprach hierauf Genosse Stadler „Die nächsten Aufgaben der Organisation“. Genosse Hofbauer referierte über „Die Sozialdemokratie und ihre Feinde“. Ueber Antrag des Genossen Kaufmann wurde beschlossen, dasselbe Referat in allen Lokalorganisationen zu erstatten und dort die Dis-

kussion abzuführen. Bei den Neuwahlen wurde Gen. Sacher zum Bezirksvertrauensmann gewählt. Zum Parteitag werden der Bezirksvertrauensmann, der Bezirkssekretär und die Vorsitzende des Frauenbezirkskomitees delegiert. Zum Schluß fand noch ein Antrag einstimmige Annahme, der allen Lokalorganisationen aufträgt sich um die Gründung einer Frauensektion und Jugendgruppe zu bemühen.

Bezirkskonferenzen: Am Sonntag, den 11. November 1923 findet um 9 Uhr in den Lokaltäten des „Alderbergshote“ in Grulich die zweite diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Berichte, Parteitag und Wahl der Delegierten, Neuwahlen, Anträge und Eventuelles. — Sonntag, den 18. November um 9 Uhr vormittags in Landekron (Arbeiterheim) Bezirks- und Gemeindevorteilerkonferenz. Tagesordnung: Berichte Gemeindevahlen (Referent Gen. Dr. Emil Strauß, Prag), Parteitag, Jugendfrage und Freie Anträge. — Sonntag, den 11. November im Gasthause des Herrn Wenzel Stala in Stralschen um 9 Uhr vormittags Bezirkskonferenz. Tagesordnung: Wahlen der Delegierten zum Parteitag am 16., 17. und 18. Dezember in Ruffitz, Wahl der Delegierten zur Kreis-konferenz, Berichte über die Gemeindevahlen, Jugendfrage im Bezirke, Genossenschaftswesen der Häuser und Kleinbauern (Referent Gen. Jentet aus Jabus) und Freie Anträge.

Bereinsnachrichten.

„Frauenfortschritt.“ Der Vortrag von Genette Fürth aus Frankfurt a. M., die zu den hervorragendsten Frauen Deutschlands gehört und eine glänzende Rednerin ist, findet heute um 7 Uhr abends im Frauenfortschritt, Kralauerstraße 21, statt. Für Vereinsmitglieder frei. Gäste willkommen! 1911

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Dienstag, 13. November Vortrag des Gen. Abg. Karl Kreibitz. Thema: Kritik des Nationalsozialismus. Ort: Saal des „Goldenen Kreuzel“, Refaganka, Zeit: 8 Uhr. Regiebeitrag.

Turnen und Sport.

Prager Wettspiele. Heute: Sparta komb. g. DFC. Erl., Sportbrüder g. Victoria Ziklo, DFC. g. EA. Ruzoj, Ruzelstn EA. g. Victoria Rusle. — Morgen: Meisterschaft I. Klasse: Brävoice g. Cechie Karlin. — Freundschaftsspiele: Sparta g. DFC, Sportbrüder g. Cechie Smichov, Ruzelstn EA. g. Victoria Ziklo, DFC. g. Cechoslovakian Ruzelstn, Meteor Binohrad g. Praha VII, Sparta Ruzelstn g. EA. Breonoo.

Mitteilungen aus dem Publikum.

12 Photographien für Kt 6 nur im Photo-Studio Prag, Vaclavské nám. 15. 1872

Die Ausgaben für das Schutzwert bilden noch immer einen peinlichen Posten in jedem Haushalt. Es wird daher die Leser unseres Blattes herzlich interessieren, daß die Berson Kaufhaus-Gesellschaft in Prag sich auf Grund der stetig wachsenden Abnahme ihrer Gummischläge und Gummifohlen entschlossen hat, die Preise derselben zu ermäßigen. — Berson-Gummiabfälle und Berson-Gummifohlen bedeuten in jedem Haushalt, nicht nur wegen ihrer Billigkeit, sondern auch wegen ihrer anerkannten Haltbarkeit gegenüber dem Leder, eine bedeutende Ersparnis 1818

Herausgeber: Dr. Ludw. Gsch und Karl Gorman. Verantwortliche Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Dotta

Kub & Kretsch 1476
Likörfabrik
Teplitz-Schönau.
Büro- und Geschäftseinrichtungen
amer. Kofferschrank, Registrieren, Kassen, Kassa, Verkaufspulte, Wassertankwagen etc. offeriert billig
A. Komnik, Prag II.,
Tel. 514/VII. Revoluční 6. Tel. 514/VII.
Genossenschaften, Kranenlassen etc. besonders Ausnahmepreise. Anfr. werden prompt erledigt und Kostenvoranschläge bereitwillig gemacht

Kalla's Bratheringe
Schokolade, Backwaren.

Zu beziehen durch die
Einkaufsgesellschaft für Konsumenten in PRAG II., Fagnerovo nám. 4.

Gelegenheitskauf! Ein großer Posten erstklassig er **LACK-SCHUHE** modernster Form, we eho für das Ausland bestimmt waren, werden zu konkurrenzlosen Preisen so lange der Vorrat reicht in der **Münchengerätzer** Prag, ulice 28. Října Nr. 6, verkauft! Gelegenheitskauf!